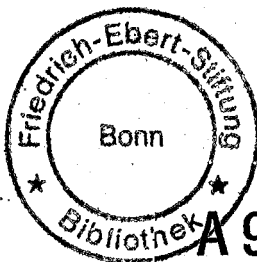


60 Jahre Spanischer Bürgerkrieg

Dokumentation zum Fachtag des
WIS am 11. November 1996

Herausgegeben von
Marita Lüning und
Gabriele Reich



A 98 - 00406

60 Jahre Spanischer Bürgerkrieg : Dokumentation zum Fachtag des
WIS am 11. November 1996 / Wiss. Inst. für Schulpraxis. Hrsg. von
Marita Lüning und Gabriele Reich. - Bremen : Wiss. Inst. für
Schulpraxis, 1998
(Arbeitsberichte / Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis ; 127)
ISBN 3-932860-33-0

Mit der Herausgabe der „Arbeitsberichte“ verfolgt das Wissenschaftliche
Institut für Schulpraxis das Ziel, die aktuelle Problematik der zweiten
Phase der Lehrerbildung zu verdeutlichen, Ergebnisse in der Arbeit
der Lehrerbildung vorzustellen, Beiträge zu allgemeinen und speziellen
didaktischen Fragen zu liefern und gleichzeitig seine Arbeitsweisen und
Reflexionen zur Diskussion zu stellen.

1. Auflage 1998

© by Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis, Bremen
Layout: Roland Bühs, Bremen

Inhaltsverzeichnis

<i>Bend Laudenbach</i> Vorwort	6
<i>Ignacio Olmos</i> Geleitwort	7
<i>Jörg Wollenberg</i> Gedenkkultur gegen das kollektive Beschweigen der Vergangenheit	11
<i>Jörg Wollenberg</i> Verschüttete Hoffnungen. Die Linke und der Spanische Bürgerkrieg	25
<i>Günther Schmigalle</i> Die Literatur des Spanischen Bürgerkriegs – Eine Einführung	56
<i>Marita Lüning/Christa Sanders-Terhorst</i> Frauen im Spanischen Bürgerkrieg	88
<i>Eulogio Cigarán Bidebieta</i> ¿Revolución social o revolución burguesa? – Claves para un acercamiento al debate de la izquierda en la II Republica	113
<i>Walther L. Bernecker</i> Neuere Tendenzen in der Erforschung des Spanischen Bürgerkriegs	120
<i>Fritz Starke</i> Der Krieg in Spanien 1936 – 1939 im Unterricht der Oberstufe	152
<i>Helga Rathjen/Gabriele Reich</i> Der Spanische Bürgerkrieg im fächerübergreifenden Unterricht	189
<i>Stephan Wehr</i> Überlegungen zum Unterrichtseinsatz von Ken Loach „Land and Freedom“	197
<i>Christa Sanders-Terhorst/Ingrid Schäper-Bunk/Gaby Weiskorn</i> Das Thema „Spanischer Bürgerkrieg“ im Französisch- und Spanischunterricht	206
<i>Ana Romero/Frauke Wegener-Höllings</i> Taller de poesía sobre la guerra civil	223
<i>Hilde Denker/Achim Ehrenberg/Marita Lüning</i> Das fächerübergreifende Projekt „Spanischer Bürgerkrieg“ am Schulzentrum S II Utbremen	238
<i>Walther L. Bernecker</i> Zum Aktualitätsgehalt des Spanischen Bürgerkrieges	276

Der Krieg in Spanien 1936 – 1939 im Unterricht der Oberstufe

Der Krieg in Spanien 1936 - 39 findet in den meisten Schulbüchern der BRD kaum statt. Wenn er erwähnt wird, dann holzschnittartig, ohne Darlegung von Zusammenhängen, ohne Reflexion von Ursachen und Ergebnissen, gespickt mit einseitigen Bewertungen ahnungsloser Apologetik. So vermeldet z.B. „Die Welt im Wandel“, Heft 11a, 1974 ff (Diesterweg-Verlag); immerhin ein ansonsten nicht eben mediokres Quellenheft für den Oberstufenunterricht zum Krieg in Spanien:

Der Spanische Bürgerkrieg

Entstanden aus den Spannungen zwischen den reichen Grundbesitzern, zu denen auch die Kirche gehört, und der großen Mehrheit des Volkes. Die republikanische Regierung stützte sich auf linksstehende Arbeiterorganisationen. Um weitere Radikalisierung durch Kommunisten und mögliche Sozialisierung von seiten der republikanischen Regierung zu verhindern, landete General Franco, bisher Gouverneur auf den Kanarischen Inseln; im Juli 1936 mit Legionären aus Marokko in Spanien. Beginn des Bürgerkriegs. Mehrheit des spanischen Volkes für republikanische Regierung. Rußland sandte der spanischen Regierung Hilfe. Das Deutsche Reich und Italien unterstützen die Aufständischen mit modernsten Waffen und ausgebildeten Truppenverbänden; Spanien als Versuchsfeld. Antifaschistische Freiwillige. Aber keine Unterstützung durch Frankreich und England. Grausame Kriegsführung. Als Barcelona in die Hände Francos fiel (Januar 1939), war der Bürgerkrieg für die Republikaner verloren. Februar 1939 Anerkennung der Franco-Regierung durch Großbritannien und Frankreich.“

Eine originäre Quelle indessen fehlt ganz.

Den Schulbüchern der DDR war zu entnehmen, daß alleine die moskauorientierten Kommunisten tapfer für die Republik gekämpft hätten, während Faschisten ebenso wie Anarchisten der Republik den Garaus gemacht hätten.

So heißt es exemplarisch:

„Der Freiheitskampf der republikanischen Kräfte führte zur Radikalisierung der bürgerlich-demokratischen Revolution in der Agrarfrage. Nicht nur der militärischen Übermacht des Gegners unterlag die Republik, son-

dern auch ... dem Abenteuerertum der Anarchisten und linksradikal-trotzkistischen POUM (Maiputsch Barcelona 1937) sowie der Aktivität der „Fünften Kolonne“.“ (Weltgeschichte Bd 2, Berlin 1979, S.261 f.)

Dagegen darf behauptet werden:

Die Volksfront und der Bürgerkrieg haben oft den Charakter der Spanischen Revolution verschleierte, unzählige bürgerliche und kommunistische Geschichtsschreiber trugen dazu bei, die Wahrheit zu verleugnen. Diese Revolution berief sich auf die Prinzipien eines antiautoritären Sozialismus, deren Väter Proudhon, Bakunin, Kropotkin und viele andere anarchistische Denker waren, sie war das Werk von unzähligen Militanten und revolutionären Syndikalisten und breiter Schichten eines Volkes, das die libertären Ideen zu den seinen gemacht hatte.

Trotz enormer Schwierigkeiten, einerseits durch die faschistische Aggression, andererseits durch die Sabotage der moskauhörigen Kommunistischen Internationale, wurde eine soziale Gesellschaft entworfen ohne Bürokratie und Tscheka, Foltern und Verbrechen, in der die Initiative der Massen nicht nur nicht gebremst, sondern im Gegenteil erweckt und gefördert wurde, in der schließlich die Veränderung der Gesellschaft kein anderes Ziel hatte als die des ganzen Menschen. Und sowohl in den 1700 landwirtschaftlichen kollektivierten Fabriken, Verkehrsmittelbetrieben und Gesundheitsdiensten Kataloniens entwickelte sich nicht nur ein revolutionäres Experiment, das 7-8 Mio. Frauen, Männer und Kinder betraf, sondern vor allem die „zarten Wurzeln“ einer neuen Zivilisation. Und das zeitgleich zu den faschistischen bzw. bürokratisch-stalinistischen Entwicklungen in bedeutenden anderen Ländern Europas.

Erforderlich sind vorab einige Bemerkungen zur Historie:

Im April 1931, nach sieben Jahren militärisch-faschistischer Diktatur, stürzte das spanische Volk die feudal-oligarchische Monarchie und verkündete die Republik. Die feudalen und oligarchischen Kreise, die bis zu diesem Augenblick an der Macht waren, wurden vom Aufschwung der demokratischen Volksbewegung überrascht und vermochten keinen Widerstand zu leisten.

Nach dem Sturz der Monarchie und der Gründung der Republik ging die Macht an die Bourgeoisie und die liberalen Gutsbesitzer über. Mit der Errichtung der Republik waren die reaktionärsten Kräfte aus der politischen Macht ausgeschaltet. Die republikanisch-sozialistische Regierung rührte jedoch weder an der ökonomischen Basis dieser Kräfte noch an den zahlreichen Positionen, die diese im Staatsapparat und besonders in der Armee innehatten. Das ermöglichte es den Reaktionären, eine ausgedehnte Sabotage- und Provokationskampagne gegen die Republik zu entfesseln. Fabrikanten schlossen ihre Fabriken; Gutsbesitzer ließen Äcker unbebaut, wodurch sie Tausende von Arbeitern, Bauern und Land-

arbeitern zu Arbeitslosigkeit und Hunger verurteilten; Großhändler spekulierten auf Kapitalexport; Banken verweigerten Bauern und Kleinunternehmern Kredite; Reaktionäre zettelten in der Armee Verschwörungen an. In der Presse und im Parlament, in den Kirchen und in öffentlichen Versammlungen wurde eine erbitterte antirepublikanische und regierungsfeindliche Agitation geführt.

Die Klassengegensätze verschärften sich weiter, die Wirtschaftskrise vertiefte sich. Dies führte dazu, daß im Lande eine äußerst angespannte Situation entstand und die Lage der Regierung immer unsicherer wurde. In der kurzen Periode des Bestehens der Republik, in weniger als zwei Jahren, gab es im Lande dreißig Streiks örtlichen Charakters. Bei den Zusammenstößen mit der Staatsmacht wurden über 400 Arbeiter und Bauern getötet und mehrere Tausend verwundet. Im Januar 1932 streikten etwa eine Million Arbeiter und im Februar desselben Jahres 1,3 Millionen. Das Charakteristische an den Streikkämpfen in dieser Periode war die enge Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Streiks.

Am 10. August 1932 demonstrierte die spanische Reaktion zum erstenmal öffentlich ihr Bestreben, das republikanische Regime um jeden Preis zu stürzen. An diesem Tag brach in Madrid und Sevilla eine konterrevolutionäre Militärrebellion unter Führung des Generals Sanjurjo aus. Der Aufruhr wurde dank der aktiven Hilfe der Arbeiter rasch niedergeschlagen.

Dieser Sieg der Regierung stärkte jedoch nicht die Positionen der Republik. Die republikanisch-sozialistische Regierung, die ihre Politik der schwachen Hand gegenüber der Reaktion fortsetzte, benutzte diese Militärrebellion nicht dazu, den reaktionären, antirepublikanischen Kräften den entscheidenden Schlag zu versetzen. Im Gegenteil, die Verfolgung von Arbeitern und Bauern nahm zu. Die Regierung wurde 1933 zum Abanken gezwungen. Damit endete das Bestehen der republikanisch-sozialistischen Koalition. Die Parlamentswahlen im November desselben Jahres zeigten, daß die Sozialisten und die Republikaner isoliert waren. Sie erlitten eine ernste Niederlage, während die Rechten, die einen Wahlblock gebildet hatten, die Mehrzahl der Abgeordnetensitze im Parlament der Republik erhielten. Es wurde die profaschistische Regierung Lerroix gebildet.

Dieser Sieg der Reaktion gab den 1931 gestürzten Kräften den Weg zur Macht frei.

Die Arbeiter und Bauern Spaniens waren bereit, den Machtantritt des Faschismus zu verhindern.

Im Oktober 1934 erhoben sich Arbeiter, Bauern und Intellektuelle zu einem Volksaufstand, der als Folge auf die offene Einbeziehung von Vertretern der klerikal-faschistischen Reaktion in die Regierung zu verstehen ist.

Die Regierung Spaniens führte gegen die Aufständischen härteste Repressalien durch. Zur Unterdrückung der Aufstands wurden Militär und Luftflotte eingesetzt. Die Gefängnisse Spaniens waren mit Tausenden von Menschen vollgestopft, viele wurden getötet, die übrigen grausamen Folterungen ausgesetzt. Besonders harte Repressalien wandte man gegen die Werktätigen Asturiens an, die fünfzehn Tage lang die Macht in ihren Händen gehalten hatten.

Der Aufstand wurde unterdrückt, doch die Demokraten hatten in den Oktoberkämpfen ihre Kräfte erprobt. Der Widerstand der Massen zeigte der spanischen Reaktion, daß sie mit eigenen Kräften den Willen und die Entschlossenheit der Millionen Arbeiter und Bauern nicht brechen konnte.

Das nötigte Führer der Reaktion, die Zusammenarbeit mit den faschistischen Großmächten zu suchen. Der Führer der faschistischen Bewegung in Spanien, José Antonio Primo de Rivera, fuhr in Begleitung des Generals Sanjurjo, der die Militärrebellion vom 10. August 1932 befehligt hatte und danach von den republikanischen Behörden seines Postens enthoben worden war, nach Berlin, um mit der Regierung Hitlerdeutschlands ein Abkommen zu schließen. Eine andere Gruppe von Vertretern verschiedener Organisationen fuhr bereits im Frühjahr 1934 nach Italien. Hier wurde ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge Mussolini sich verpflichtete, mit allen Mitteln den Parteien zu helfen, die den Kampf gegen das republikanische Regime in Spanien führten. Er verpflichtete sich ferner, den Verschwörern Gewehre, Granaten und Maschinengewehre nach Spanien zu liefern und ihnen bedeutende Geldmittel zu Verfügung zu stellen. 1935 war in Spanien eine sehr angespannte Lage entstanden. Eine Regierungskrise löste die andere ab. Eine Regierung folgte der anderen; sie besaß jeweils noch weniger Autorität als die vorhergehende. Ende 1935 wurde die Koalitionsregierung Valladares aus Unabhängigen und Sozialisten gebildet. Diese Regierung löste das Parlament auf und setzte für Februar 1936 Neuwahlen fest.

Spätestens von diesem Zeitpunkt an wird von den - moskauorientierten - Kommunisten behauptet, die kommunistische Partei habe die führende Rolle bei der Organisation der politischen Streiks und anderer Aktionen des Volkes gespielt. Die sozialistischen Führer hingegen hätten sich mit „linken Phrasen trotzkistischer Zungenschlages“ getarnt und sich „der Schaffung einer demokratischen Einheitsfront der republikanischen Kräfte widersetzt“. (Ibárruri, D. - Der nationalrevolutionäre Krieg des spanischen Volkes, Berlin 1955, Internationale Schriftenreihe, Heft 22)

„Solange die Führer der Sozialisten an der Regierung teilnahmen, versuchten sie den Arbeitern einzureden, es sei notwendig, ihre Interessen zugunsten der bürgerlich-junkerlichen Republik zu opfern. Nach der Ent-

fernung der Sozialisten aus der Regierung „schwenkten“ sie „nach links“ und begannen von der Notwendigkeit zu sprechen, in Spanien eine „sozialistische“ Revolution durchzuführen, jedoch... ohne Diktatur des Proletariats, durch Bildung einer Regierung der sozialistischen Partei. Sie gingen sogar so weit, im trotzkistischen Spüllicht nach Argumenten zur Rechtfertigung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Einheit zwischen Arbeitern und den demokratischen Kräften zu suchen.“ (ebenda)

Trotzdem habe der Druck der Massen 1936 zur Bildung der Volksfront geführt — dies alles sei ein Verdienst der Kommunisten, nicht aber der Sozialisten und Anarchisten. Es wird reklamiert die führende Rolle der kommunistischen Partei, welche sie aber in Wirklichkeit gar nicht hatte: Interessegebundene Propagierung einer Geschichtslegende:

„Die kommunistische Partei spielte die führende Rolle bei der Organisation der politischen Streiks und anderer Aktionen der Volksmassen gegen die faschistische Provokation“ (Ibárruri, D., ebenda, S. 42)

»Die Kommunisten trugen auf ihren Schultern die Hauptlast des Krieges.« (Ibárruri, D., ebenda, S. 43)

Tatsächlich kam es 1936 zur Bildung der Volksfront, was sehr viel mehr Gründe hat als allein die Arbeit der angeblich führenden Rolle der kommunistischen Partei. Insbesondere waren durch die Ereignisse der vergangenen fünf Jahre große Volksmassen politisch mobilisiert worden, und einhergehend damit hatten sich die sozialen Gegensätze verschärft. Es sind auch hier allemal soziale wie politische Gründe, die das Heranreifen einer revolutionären Situation bedingen, kaum aber der politische Wille einer relativ kleinen kommunistischen Kaderpartei leninistischen Zuschnitts.

Immerhin ermöglichte die relative Aktionseinheit zwischen dem Proletariat, der Bauernschaft und den städtischen Mittelschichten einen Mobilisierungsschub zum Kampf gegen die Reaktion, insbesondere auf dem Lande und innerhalb der städtischen Kleinbourgeoisie, die bis dahin dem politischen Kampf indifferent gegenübergestanden oder sich unter dem Einfluß der Kirche und der Gutsbesitzer befunden hatten. Dank der Einheit der linken Kräfte siegte die Volksfront bei den Wahlen am 16. Februar 1936. Im Parlament entstand eine linke Mehrheit, die sich aus 158 bürgerlich-republikanischen Abgeordneten der Sozialistischen Partei, die 1933 58 Vertreter gestellt hatte, und 17 Abgeordneten der kommunistischen Partei, die vorher nur durch einen Abgeordneten vertreten gewesen war, zusammensetzte. Die anderen republikanischen Gruppen erreichten ebenfalls eine Erhöhung der Anzahl ihrer Vertreter. Von 473 Parlamentsabgeordneten waren 268 Vertreter der Arbeiter- und der republikanischen Partei, während 203 Abgeordnete den Parteien der Rechten und des Zentrums angehörten. Bei diesem Stimmenverhältnis blieb jedoch

die Situation ungeachtet des Sieges der Linken kompliziert und gefährlich.

Mit Unterstützung der linken Parteien wurde eine Regierung mit dem Führer der linksrepublikanischen Partei, M. Azaña, an der Spitze gebildet, die sich auf die Volksfront stützte. Sie setzte sich aus Vertretern der bürgerlichen und kleinbürgerlichen republikanischen Parteien zusammen. Diese Regierung stellte die demokratischen Freiheiten wieder her, die nach dem Oktober 1934 von den reaktionären Regierungen abgeschafft worden waren. Sie befreite die wegen Teilnahme am Kampf gegen die Reaktion Verurteilten und verpflichtete die Unternehmer und Grundbesitzer, die Arbeiter wieder einzustellen, die im Zusammenhang mit den politischen Repressalien entlassen worden waren.

Andererseits weigerte sich die Regierung jedoch hartnäckig, die Lösung der Agrarfrage als erstrangige Aufgabe der Regierungspolitik anzuerkennen und beschränkte sich darauf, Maßnahmen zweitrangiger Bedeutung zu treffen, die die schwere Lage der armen Bauern und Landarbeiter nur unbedeutend erleichterten. So wurde das Hauptproblem, die Liquidierung des junkerlichen Grundbesitzes und die Übergabe des Landes an die Bauern, nicht gelöst. Eine ablehnende Haltung nahm die republikanische Regierung auch gegenüber den Forderungen, der nationalen Minderheiten ein. Jedoch verfolgte die Regierung der Volksfront ungeachtet ihrer Schwächen und Mängel eine fortschrittlichere Politik als die vorherigen Regierungen: Die Massen unterstützten sie, und in der Periode ihrer Tätigkeiten erstarkten die demokratischen Kräfte und erweiterten ihren Einfluß im ganzen Land.

Die Reaktion der Reaktion ließ nicht lange auf sich warten...

Am 17. Juli 1936 brach in einigen Garnisonen der spanischen Armee in Marokko eine Rebellion gegen die Republik aus, die die Errichtung eines faschistischen Regimes in Spanien zum Ziele hatte.

Die aufrührerische Armee trat als bewaffnete Macht der Gutsbesitzer, der Finanzoligarchie, der Kirche und aller reaktionären und jener Kräfte, die sich mit der Existenz eines demokratischen Regimes in Spanien nicht abgefunden hatten, in Erscheinung und verteidigte deren Kasten- und Klassenprivilegien. Die Rebellion war der Beginn des verheerenden Krieges in Spanien, der das spanische Volk mehr als eine Million Menschenleben gekostet hat.

Die Rebellen und Helfershelfer waren bestrebt, diesen Krieg als einen Bürgerkrieg lokalen Charakters hinzustellen. Sie behaupteten, dieser Krieg gehe nur die Spanier an, die sich in zwei feindliche, um die Macht kämpfende bewaffnete Lager gespalten hätten. Tatsächlich jedoch zeigen das Entstehen und die Entwicklung dieses Krieges, der am 18. Juli 1936 begann und bis zum 1. April 1939 dauerte, daß er keine lokale

Episode war. Der Krieg in Spanien wuchs über den nationalen Rahmen hinaus und erlangte große internationale Bedeutung. Der Kampf der spanischen Feudalisten und Reaktionäre gegen die Republik und das Volk wurde vom Ausland, von Italien, von Hitlerdeutschland und vom Vatikan inspiriert.

Die Führer Deutschlands bekannten, daß sie Spanien als „Versuchsfeld“ für die Erprobung ihrer Waffen betrachteten. Hitlerdeutschland und Italien hatten die Absicht, nicht nur Spanien zu versklaven, sondern auch die Positionen Englands und Frankreichs zu schwächen und die Bedingungen für die Ausweitung ihrer aggressiven Handlungen in Europa vorzubereiten.

Die Anführer der Rebellion, die auf die Schwäche und das Schwanken der republikanischen Politiker rechneten, nahmen an, daß sie in äußerst kurzer Frist den Sieg erringen würden. Einer der Aufrührer, General Queipo de Llano, sprach in Sevilla über den Rundfunk und versicherte, daß sie mit der Republik in einigen Stunden fertigwürden.

Die Rebellen hatten jedoch die Lehren vergessen, die das spanische Volk Napoleon im Unabhängigkeitskrieg erteilt hatte. Ebenso wie Napoleon 1808 waren die Generäle der Ansicht, daß Spanien erschöpft sei und sein mutlos gewordenes Volk sich leicht vor den Wagen eines fremdländischen Eroberers spannen lasse. Doch sie mußten sich durch die Erfahrung davon überzeugen, daß „wenn der spanische Staat auch tot, so doch die spanische Gesellschaft voller Leben war.“ (MEW Bd. 10, S. 722) Ebenso wie Napoleon 1808 trafen die Verschwörer auf den entschlossenen Widerstandswillen weiter Teile des spanischen Volkes.

Während die Massen auf den Straßen Waffen zum Schutz des republikanischen Regimes forderten, beauftragte der Präsident der Republik, Manuel Azaña, einen der republikanischen Führer, Martínez Barrio, eine Regierung zu bilden, die mit den Rebellen Vereinbarungen erzielen und, wenn nötig, ihnen sogar die Führung des Landes überlassen sollte.

Als die Zusammensetzung, der Charakter und die Absichten der neugebildeten Regierung bekannt wurden, führte der Druck der Massen zum Sturz der Regierung Barrio und zur Bildung der Regierung Giral, welche sich an die Spitze des Kampfes gegen die Rebellen setzte. Sie rüstete die Volksmassen mit den wenigen Waffen aus, die der Republik zur Verfügung standen.

Dieser Kampf war mit riesigen Schwierigkeiten verbunden. Das Volk schlug sich fast unbewaffnet, während die Rebellen bis an die Zähne bewaffnet waren.

Gegen das Volk kämpften die Führer der Armee, die Gutsbesitzer, die Finanzoligarchie und die Kirche:

Die konterrevolutionäre Rebellion wurde von den Regierungen Deutschlands und Italiens unterstützt.

Gleichwohl gelang es den Frankisten nur, sich einiger isolierter Bezirke im Norden und Süden des Landes zu bemächtigen.

Das provozierte die verstärkte Einmischung Deutschlands und Italiens. Mit Hilfe der spanischen Frankisten wollte Nazideutschland Frankreich mit einem Ring faschistischer Staaten umzingeln und so die Ausgangsbasis für den kommenden Krieg zugunsten Deutschlands entscheidend verbessern. 1938 formulierte General Reichenau:

„Es wäre ein Fehler, den Krieg in Spanien als Krieg zweiter Ordnung anzusehen. Spanien hat uns viel gelehrt, in Spanien haben wir einige Fehler unserer Militärstrategie ausgemerzt. Die Intervention in Spanien ist nicht nur eine äußerst wertvolle militärische Schule, sondern auch eine glänzende Politik. Die sorgfältige und systematische Vorbereitung zum Krieg erfordert unbedingt ein Eindringen in das Lager des Gegners, in seine Verbindungswege zu Wasser und zu Land, in seine Handelswege — mit einem Wort, überall dort, wo der Gegner über Kräfte verfügt, mit denen man im Kriegsfall zu rechnen hat ... Unsere Intervention in Spanien gestattet es, uns auf den hauptsächlichen strategischen Linien Frankreichs und Englands festzusetzen ... Dank unserer Positionen in Spanien befinden wir uns in einer günstigen Lage, weil wir die lebenswichtigen französisch-englischen Linien abschneiden ... Hierin besteht der höhere Sinn unserer Intervention in Spanien.“ (L' Humanité vom 12.7.38)

Hinzu kam die Nichteinmischungspolitik Frankreichs, Englands und der USA, welche nicht unerheblich zum Scheitern der Republik beitrug.

Und auch, wenn moskauorientierte Kommunisten bis heute an der Legende spinnen, Moskau habe der spanischen Republik „aktiv und bis auf's Äußerste geholfen“ (E.Honecker in seiner Rede 1986), so haben zahllose Veröffentlichungen mittlerweile nachgewiesen, daß Stalin nur diejenigen unterstützte, die seiner Politik in Spanien zum Durchbruch verhelfen wollten. Besonders die Anarchisten wurden zu „Volksfeinden“ erklärt und entsprechend verfolgt, bis hin zu physischer Exekution. Die Anarchisten und Trotzlisten hätten objektiv den Faschisten in die Hände gespielt. Die bis heute legendär verehrte Dolores Ibárruri sieht es so:

„Largo Caballero und die anderen pseudolinken Führer der Sozialistischen Partei stützten sich auf die Trotzlisten und Anarchisten, übernahmen deren Standpunkte und förderten weitgehend das Abenteuerium spezieller Anarchistengruppen, die im Jahre 1936 ebenso wie 1873, als sie auf eine revolutionäre Situation trafen, das ganze kleinbürgerliche, anti-proletarische und antirevolutionäre Wesen des Anarchismus an den Tag legten. Die Anarchisten, die sich selbst immer als außerhalb der Politik stehend bezeichneten, wurden zu passionierten Politikastern. Sie forderten ihre Einbeziehung in die zentralen und autonomen Regierungen und bemühten sich sogar, Gewerkschaftsregierungen unter ihrer Führung zu

bilden. Anstatt den Staat zu beseitigen und eine „Freie Vereinbarung“ zu verkünden, schufen diese „GEGNER“ des Staates eine ganze Reihe von Kleinstaaten mit Ministerräten, Polizei, Armee und sogar einer eigenen Währung.

Ein typisches Beispiel für eine anarchistische staatliche Organisation war das „Regime“, das in Aragón geschaffen wurde. Dort errichteten die Anarchisten so etwas wie eine „Herrschaft der Plünderung“, die von einem Rat unter dem Vorsitz eines ehemaligen Banditen, des Anarchisten Ascaso, gelenkt wurde. Er terrorisierte mit Gewalttaten und Plünderungen die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes, die in der Hauptsache aus Bauern bestand. Die Bauern in Aragón waren verpflichtet, an die anarchistischen Komitees Vieh, landwirtschaftliche Produkte, landwirtschaftliche Geräte sowie Wertgegenstände abzuliefern. Sie wurden gezwungen, Grund und Boden zur allgemeinen Nutzung abzutreten. Die Anarchisten änderten die Währung, und die Bevölkerung mußte das alte Geld den Vertretern des Rates übergeben. Für die republikanischen Banknoten gab der anarchistische Staat Papiergeld aus, das keinen Wert hatte. All das brachte die Bauern zur Verzweiflung, und sie liefen in Francos Lager über, um sich von der anarchistischen „Freiheit“ zu befreien. (Ibarruri, a.a.O., S. 36)

Die Anarchisten hätten somit den Frankisten unmittelbar zugearbeitet und seien objektiv für das Scheitern der Republik verantwortlich. Dies habe im Volk zu einer wachsenden Ablehnung der Anarchisten geführt, was wiederum die Anarchisten zu Gewaltmaßnahmen veranlaßt hätte:

Die Kommunisten hingegen hätten die Republik gegen solche „Verbrecher“ verteidigt, wenn auch ohne Erfolg.

„So war die Lage bis zum Mai 1937. Anfang Mai beschlossen die Anarchisten und Trotzkiisten, da sie die wachsende Feindseligkeit der Bevölkerung gegen sich fühlten, ihre Macht mit Gewalt aufrechtzuerhalten; zu diesem Zweck warfen sie einen Teil ihrer Truppen und des Kriegsmaterials nach Barcelona und entblößten dadurch die Aragónfront. Am 3. und 4. Mai 1937, als die Lage der Republik besonders an der baskischen Front nach dem Verlust von Irún und der Zerstörung von Guernica, sehr gefährlich war, weil die Rebellen sich den Hauptindustriegebieten des Landes näherten, zettelten sie in Barcelona einen Putsch gegen die republikanische Regierung an.

Die Kommunisten machten riesige Anstrengungen zur Besserung der Situation; sie forderten vom Regierungsoberhaupt Largo Caballero, dieser verbrecherischen und schmachvollen Lage ein Ende zu machen, die Anarchisten zu zügeln und die Lage an der Front in Ordnung zu bringen. Zur gleichen Zeit klärten sie die Massen über die tatsächliche Situation auf und zeigten die Maßnahmen, die für die Fortführung des Widerstandes

notwendig waren. Das Regierungsoberhaupt lehnte es ab, auf die Forderungen der Kommunisten einzugehen, und die kommunistischen Minister traten aus der Regierung aus. Es kam zu einer Regierungskrise. Unter dem Druck der Volksmassen sah sich Largo Caballero im Mai 1937 gezwungen, sein Amt niederzulegen. (Ibarruri, a.a.O., S. 36 f) Und José Diaz sagte 1937 auf einer Versammlung der kommunistischen Partei in Valencia:

„Unser Hauptfeind ist der Faschismus. Aber die Faschisten verfügen über besondere Agenten. Sie nennen sich Trotzkiisten. Wir haben die Trotzkiisten wiederholt als konterrevolutionäre Gruppe entlarvt, die im Dienste des Faschismus steht. Alle Arbeiter müssen von dem in der UdSSR durchgeführten Prozeß gegen die Trotzkiisten Kenntnis haben. (...) Ist nach all dem nicht klar, daß die Trotzkiisten keine politische und gesellschaftliche Organisation darstellen, daß sie eine Bande von Spinnern und Provokateuren im Dienste des Faschismus sind? (...) Der Trotzkiismus muß aus allen zivilisierten Ländern verjagt werden. (...) Man muß damit Schluß machen. (zitiert nach: Prawda vom 17.11.1937)

Ibarruri und Diaz waren deutlich, obwohl sie es besser hätten wissen können. Unzählige Veröffentlichungen belegen seit 1936 die Ziele und die politische Praxis des libertären Spanien und seine enorme historische Relevanz. Exemplarisch sei Gaston Leval zitiert:

„Gehörte in Aragonien z.B. 80% des bebauten Bodens den Großgrundbesitzern, so war in anderen Regionen und besonders in der Levante und in Katalonien das Kleinigentum vorwiegend bzw. nahm einen beachtlichen Platz je nach Art der landwirtschaftlich sehr vielseitigen Dörfer ein. Und obwohl unsere besten Genossen manchmal selbst Kleinrentner waren und die anderen Kleinrentner in vielen Fällen voller Begeisterung den Kollektivitäten beigetreten waren und sie sogar organisiert hatten, kam es jedoch in der Levante-Gegend (in den Castellon de la Plana, Valencia-, Murcia, Alicante- und Albacete-Provinzen) zu Schwierigkeiten, die in Aragonien überhaupt nicht aufgetaucht waren. Einerseits wähten sich in der Tat viele Einwohner dieser Gegend zu dieser Zeit durch die weite Entfernung der Front und die Überlegenheit der republikanischen Waffen (denn die offizielle Demagogie betrog die Leute bis zum letzten Augenblick) vor der faschistischen Gefahr geschützt. Die politischen Parteien waren andererseits nicht verschwunden, sie hatten sogar nach einem Augenblick der Panik in der gleichen Zeit wieder Mut gefaßt, als die Zentralregierung sich wieder festigte und ihre Bürokratie und ihre Polizei organisierte. Befreite ihre Etablierung in Valencia Mittelspanien von ihrem Druck, was die Bildung der kastilischen Kollektivitäten erleichterte, vergrößerte sie dagegen in der Levante die Widerstandsmöglichkeiten gegen die Sozialisierung nicht nur in den Parteien selbst, sondern auch

in der Borgeoisie, beim Kleinhandel und bei den an ihrem Eigentum festhaltenden Bauern.

Die Bewegung der Enteignungen richtete sich also gegen den Großgrundbesitz, deren Eigentümer entweder Faschisten waren – dann ging alles leichter vonstatten – oder als solche betrachtet wurden. Der Großgrundbesitz konnte jedenfalls von den übriggebliebenen Lokalbehörden, wenigstens in der ersten Periode, nicht offen verteidigt werden. Die Orangenbäumezucht, charakteristisch für die levantische Gegend, forderte einen so hohen Kostenaufwand, daß fast alle Orangenbäumeplantagen oft anonymen kapitalistischen Gesellschaften gehörten und manchmal über die Gerichtsbarkeit mehrerer Dörfer sich erstreckten. Eine gleiche Lage bestand in geringerem Verhältnis in der viel weniger breiten Zone des Reisanbaus. Die Beschlagnahme dieses Großgrundbesitzes war also zu dieser Periode gerechtfertigt, als das Politische und das Soziale sich gegenseitig durchdrangen, da die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Faschismus zu entwapfen, seine politische und militärische Entwapfung ergänzte. Und auf die eine oder andere Weise verankerte sich so die Revolution.“

(Leval, Gaston – Das libertäre Spanien. Paris 1971, S.72 f)

Leval skizziert eine ‚bewährte‘ stalinistische Taktik:

„Einige unter unseren Gegnern und hauptsächlich die Stalinisten brachten ein anderes Argument vor, das sie überall, egal wo sie sind, anwenden, so lange sie nicht stark genug sind, sich einer Situation zu bemächtigen: Der Zeitpunkt der Revolution sei noch nicht da, die Einheit zwischen den antifaschistischen Gruppen müssen erhalten und Franco zunächst besiegt werden. Indem man die Industriellen, die Grundeigentümer, die Unternehmer, die Aktionäre und die „terrateniens“ (Großgrundbesitzer) enteignete, lauf man Gefahr, sie ins feindliche Lager zurückzutreiben.

Das kam wohl vor – in sehr geringem Maße. Aber solange die Situation noch nicht reif genug ist, damit sie sich ihrer bemächtigen können, werden die Stalinisten immer wieder behaupten, daß die von ihren Partnern ergriffenen Initiativen, die sich ihrer Führung nicht unterwerfen, voreilig, ja sogar konterrevolutionär seien. Glaubt man andererseits wirklich, daß die Chancen eines Sieges ohne Sozialisierung größer gewesen wären? Wer das mit ja beantwortet, zieht die Wirklichkeit nicht in Betracht, die die Situation bildete.

Zuerst verminderte die Feindseligkeit der enteigneten Unternehmer nicht im geringsten den kämpferischen Schwung der Arbeiter- und Bauernmassen, die die Miliztruppen stellen. Wir sahen schon, daß die Mitglieder der Bourgeoisie und der politischen Parteien im großen Ganzen untätig blieben oder sich vor dieser sie überfordernden Situation in unüberlegte und

sinnlose Aktivitäten verloren. Da der Kampf sich vom Parlament und von den Wahlurnen auf die Straße verlagert hatte, konnte die Antwort auf den faschistischen Angriff nicht anders sein, als den Kampf den neuen Umständen anzupassen und den von ihm eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Hätte man darauf gewartet, bis die offiziellen Regierungsorgane in der Lage gewesen wären, sich durchzusetzen, hätte der Faschismus innerhalb von einem Jahr, vielleicht sogar von nur drei Monaten gesiegt.

Am anderen Ende der Kette stand Trotzki. Er warf uns vor, daß wir noch nicht alle Kräfte, Parteien und Formationen der Bourgeoisie und des sozialistischen Reformismus hinweggefegt und die Macht nicht ergriffen hatten, um den Krieg weiterzuführen, wie die Bolschewiki es in Rußland getan hatten. Nur durch seine blinde Voreingenommenheit konnte er zwei absolut verschiedene Situationen verwechseln. Ein bißchen gesunder Menschenverstand genügt in der Tat, um einzusehen, daß es uns vollkommen unmöglich war, den Krieg gegen Franco zu führen und gleichzeitig in der Etappe einen zweiten Krieg gegen die anderen antifaschistischen Sektoren, die sich nicht so leicht hätten vernichten lassen. Das wäre Unsinn und ein Verbrechen zugleich gewesen. Der Bewegungskrieg, der für die Rote Armee in Rußland vorteilhaft war, war in Spanien undurchführbar, wo der Feind die Zentren der Stahlindustrie und Waffenfabrikation bald besetzt hatte und wo weder militärische Kräfte noch hohe Offiziere zur Verfügung standen; in Rußland dagegen verfügte man über Kriegsspezialisten, die unter dem Zarismus ausgebildet worden waren wie z.B. einer der Größten der russischen Armee, der General Brussilow, oder Tuchatschewski, der vermutlich der beste Stratege der Roten Armee war, als Stalin ihn erschießen ließ.“ (Leval, a.a.O., S. 71)

Die Kräfte, die die Republik verteidigten und die soziale Revolution retten und fortführen wollten, standen zum Schluß nahezu isoliert und allein gelassen da. Kriegsentscheidend war auch der Einsatz der internationalen Brigaden wohl kaum, obwohl der politisch-moralische Effekt ihres Einsatzes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die nachfolgenden Materialien sollen ein Nachdenken über den Krieg in Spanien ermöglichen. Sie mögen sich für eine UE oder auch für einen Projekttag zum Thema eignen. Die Arbeit sollte durch TV-Filmmaterial ergänzt werden, das inzwischen brauchbar vorliegt.

Nachtrag:

Im Blick auf den Krieg in Spanien gibt es viele „deutsche Kontinuitäten“. Unter anderem diese: Die Bevorzugung der „Legion Condor“ ist nach einem BVG-Urteil nicht verfassungswidrig. Es sei mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, „...daß deutsche Antifaschisten, die als Freiwillige am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen haben, entgegen den Deutschen, die

im Auftrag der nationalistischen Wehrmacht für das faschistische Regime in Spanien kämpften, so lange keine Versorgungsleistungen erhalten, wie sie sich im Ausland aufhalten.“ (Aktenzeichen: 1BVL26/86, Beschluss vom 30. Mai 1978)
voilà ...!

Materialien für den Unterricht

Die folgenden Materialien sind hauptsächlich dem sehr empfehlenswerten Buch von Walther L. Bernecker: *Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien*, 2. veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986 entnommen. Prof. Dr. Bernecker erlaubte uns freundlicherweise den Abdruck.

Francisco Franco: Aufruf (17. Juli 1936)

Am 17. Juli 1936 flog General Franco von den Kanarischen Inseln, wohin er von der republikanischen Regierung in gewisser Weise „verbannt“ worden war, nach Tetuán (Nordafrika), um sich von dort aus an der Spitze der spanischen Afrikaarmee dem geplanten Militärputsch anzuschließen. Über Radio Tetuán verlas er das folgende Manifest:

Spanier: Die Ihr den heiligen Namen Spaniens empfindet, die Ihr Euch feierlich in Heer und Marine dem Dienst am Vaterland verschrieben habt, die Ihr geschworen habt, es bis zum letzten Atemzug zu verteidigen— Euch ruft die Nation zu ihrer Verteidigung. Die Situation in Spanien wird täglich kritischer, die Anarchie herrscht auf den meisten Feldern und in den Dörfern; von der Regierung ernannte Behörden stehen den Umstürzen vor, wenn sie sie nicht sogar fördern. (...) Revolutionäre Streiks jedweder Art lähmen das Leben der Bevölkerung und ruinieren und zerstören ihre Quellen des Wohlstandes. Monumente und Kunstschatze werden rücksichtslos von revolutionären Horden angegriffen, die den Anweisungen folgen, die sie aus dem Ausland erhalten. (...) Während in den Städten und auf dem Land die schlimmsten Vergehen begangen werden, bleiben die öffentlichen Ordnungskräfte in ihren Kasernen. (...)

Die von allen geschändete Verfassung liegt gänzlich darnieder: Es gibt keine Gleichheit vor dem Gesetz, keine Freiheit, keine Brüderlichkeit; Haß und Verbrechen sind an die Stelle des gegenseitigen Respekts getreten. Die Einheit des Vaterlandes wird durch territoriale Zersplitterung bedroht; unser Land ist nicht mehr unversehrt, unsere Grenze wird nicht mehr verteidigt, wenn im Herzen Spaniens ausländische Sender die Zerstörung und die Aufteilung unseres Bodens ankündigen. (...)

Können wir dieses beschämende Schauspiel, das wir der Welt liefern, einen einzigen Tag länger erdulden? Dürfen wir etwa Spanien den Feinden des Vaterlandes übergeben und es kampf- und widerstandslos ausliefern? Niemals! Das sollen Verräter tun! Wir, die wir geschworen haben, das Land zu verteidigen, werden es nicht tun.

Wir entbieten Gerechtigkeit und Gleichheit vor den Gesetzen, Friede und Liebe unter den Spaniern, Freiheit und Brüderlichkeit, Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit sowie eine gleichmäßige und zunehmende Verteilung des Reichtums, ohne die spanische Wirtschaft zu zerstören oder zu gefährden. Demgegenüber jedoch erbarmungsloser Krieg gegen die Betrüger des ehrlichen Arbeiters, gegen die Ausländer und die sich am Ausland orientierenden Kräfte, die teils offen, teils verdeckt Spanien zu zerstören suchen.

In diesem Augenblick erhebt sich ganz Spanien und fordert Friede, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit; überall nehmen es Heer, Marine und öffentliche Ordnungskräfte in Angriff, das Vaterland zu verteidigen (...) Wir werden in unserem Vaterland zum ersten Mal, und zwar in dieser Reihenfolge, Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit durchsetzen.

Fernando Díaz-Plaja (Hg.): La guerra de España en sus documentos. Barcelona (Ed. Marte) 1969, S. 11—13.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Materialien und Quellen, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, S. 61 - 62

Diego Martínez Barrio: Rundfunkrede (2. August 1936)

Einige Tage nach dem Aufstand, am 2. August 1936, wandte sich der Parlamentspräsident, der Republikaner Diego Martínez Barrio, über Radio Valencia an das spanische Volk, wies die Vorwürfe der aufständischen Militärs zurück und forderte deren Ergebung:

Spanier: Die Meinung der Welt und die unseres Landes sind durch die legitime Regierung der Republik bestens und ehrlich über die Lage in Spanien und die bedauerliche Entwicklung auf dem militärischen Sektor informiert. Mit der Autorität meines Amtes in der spanischen Politik sage ich, daß die Behauptung der aufständischen Generäle eine glatte Unwahrheit ist. Die Militärrebellion erfolgt nicht gegen eine marxistische Regierung noch gegen einen marxistischen Staat. Die Generäle, Vorgesetzten und Offiziere, die sich erhoben haben, sind gegen den spanischen Staat aufgestanden, der durch einen Präsidenten der Republik, durch ein legitim gewähltes Parlament und durch eine verfassungsgemäß bestimmte exekutive Macht repräsentiert wird.

Sicherlich werden der Staat und seine legitimen Gewalten von der Arbeit-

terklasse, die durch ihre Gewerkschaften und Parteien vertreten ist, unterstützt, etwa durch die Sozialistische und die Kommunistische Partei, die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo) und die sozialistische UGT (Unión General de Trabajadores) sowie durch andere Organisationen. Ehre verdienen sie alle, die keine Arbeit, keinen Wachdienst, kein Opfer und vor allem kein Blut zur Verteidigung der demokratischen Republik gescheut haben. Aber hinter dem Staat befinden sich, ebenfalls kampfbereit, die republikanischen Parteien, die im April 1931 zur Errichtung des neuen Regimes beigetragen haben; die Boden-, See- und Luftstreitkräfte, die ihrem geleisteten Eid treugeblieben sind; die Handels-, die Industrie- und die Agrarklasse unseres Landes; die Beamten, die sich der Verantwortlichkeit ihrer Funktion würdig erwiesen haben, und vor allem das spanische Volk, das echte und legitime Spanien, das immer mehr zu seinem eigenen Herrn und dem seines Schicksals wird.

Die ganze Rebellion beruht auf der falschen Annahme, daß die Regierung des Landes durch illegitime Gewalt usurpiert werde und daß der Sieg des Staates die Einsetzung eines kommunistischen politischen Systems bedeute.

Es ist zwar verständlich, daß die aufständischen Generäle eine Rechtfertigung für ihr Verhalten suchen, aber weder die Geschichte noch ihre Mitbürger, die Opfer dieses Bürgerkrieges sind, werden sie entschuldigen. Warum haben sie es getan? Wozu haben sie es getan? Ihre Absicht ist so offensichtlich, daß nur die Verstandesblinden oder die von Bosheit Geblendeten es nicht zugeben können. Es handelt sich ganz einfach darum, den allgemeinen Willen des gesamten Volkes durch den einer sozialen Klasse zu ersetzen, die ihre Privilegien verewigen will.

Fernando Díaz-Plaja (Hg.): La guerra de España en sus documentos. Barcelona (Ed. Marte) 1969, S. 11 - 13.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Materialien und Quellen, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, S. 62 - 63

Dolores Ibárruri: „¡No pasarán!“ (19. Juli 1936)

Die zweifellos bekannteste, zugleich aber auch eine der umstrittensten Figuren des spanischen Kommunismus ist Dolores Ibárruri, „La Pasionaria“. Die 1895 im Baskenland geborene Tochter eines Bergarbeiters gehört zu den Gründern der KP Spaniens, 1936 wurde sie ins Parlament gewählt. Vom ersten Tag des Krieges an wurden ihre unermüdlichen Appelle und Aufrufe weit über die Grenzen Spaniens hinaus bekannt. Zu den berühmtesten gehört der vom gesamten republikanischen Lager übernommene Leitspruch „¡No pasarán!“ (Sie werden nicht durchkommen!),

der bald durch „¡Pasaremos!“ (Wir werden durchkommen!) ergänzt wurde. Ebenfalls auf Dolores Ibárruri sind die immer wieder vorgetragene Parolen: „Es ist besser, aufrecht zu sterben als auf Knien zu leben“ und: „Es ist besser, die Witwe eines Helden als die Frau eines Feiglings zu sein“, zurückzuführen. Sie trat unermüdlich im In- und Ausland für die Verteidigung der Republik ein. Nach 1939 lebte sie bis 1977 (als Generalsekretärin bzw. ab 1960 als Vorsitzende der Partei) in Moskau, seither wieder in Spanien.— Ihre Rolle innerhalb der Partei war bereits während des Bürgerkrieges, besonders jedoch im Exil, heftig umstritten. Vor allem kommunistische Renegaten haben sich kritisch über sie geäußert! Franz Borkenau etwa hält sie für eine Frau, „die mit großer Schläue die Rolle einer revolutionären Heiligen spielte, während sie tatsächlich eine der unwürdigsten und gesinnungslosesten Karrieristen der gesamten kommunistischen Weltbewegung ist.“ (Der europäische Kommunismus, München 1952, S. 151.)

Neben vielen anderen ist vor allem die erste Kriegsrede Dolores Ibárruris am 19. Juli über Radio Madrid bekanntgeworden:

Arbeiter! Bauern! Antifaschisten! Patriotische Spanier! Angesichts des militärischen faschistischen Aufstandes: Erhebt Euch alle, um die Republik, die Freiheit des Volkes und die demokratischen Errungenschaften des Volkes zu verteidigen! Aus den Verlautbarungen der Regierung und der Volksfront kennt das Volk den Ernst des gegenwärtigen Augenblicks. In Marokko und auf den Kanarischen Inseln kämpfen die Arbeiter im Verein mit den republiktreuen Truppen gegen die aufständischen faschistischen Militärs (...)

Das ganze Land bebt vor Empörung über diese Schurken, die das demokratische Volksspanien in eine Hölle des Terrors und des Todes stürzen wollen. Aber sie werden nicht durchkommen, ¡no pasarán! Ganz Spanien bereitet sich auf den Kampf vor. In Madrid ist das Volk auf die Straße gegangen. Durch seine Entschiedenheit und seinen Kampfgeist unterstützt es die Regierung und feuert sie an, damit sie die Niederwerfung der aufständischen faschistischen Militärs zu Ende führt.

Jugendliche! Bereitet Euch auf den Kampf vor! Frauen, heldenhafte Frauen des Volkes! Erinnert Euch an das Heldentum der asturischen Frauen 1934, kämpft auch Ihr an der Seite der Männer für die Verteidigung des Lebens und der Freiheit, an der Seite Eurer Söhne die der Faschismus bedroht! Soldaten, Söhne des Volkes! Bleibt der Regierung der Republik treu, kämpft an der Seite der Arbeiter, an der Seite der Anhänger der Volksfront, zusammen mit Euren Vätern, Euren Brüdern und Genossen! Kämpft für das Spanien des 16. Februar, kämpft für die Republik, ver helfe ihr zum Sieg! (...)

Völker von Katalonien, des Baskenlandes und von Galicien! Ganz Spanien: Auf zur Verteidigung der demokratischen Republik! (...) Die Kommunistische Partei ruft Euch zum Kampf. Sie ruft besonders Euch, Arbeiter, Bauern, Intellektuelle dazu auf (...) Die Faschisten werden nicht vorankommen! ¡No pasarán!

Ricardo de la Cierva: Historia ilustrada de la guerra civil española. 2 Bde. Badalona (Darlae) 1976, Bd. 1, S. 292.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Materialien und Quellen, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 63 - 65

Hirtenbrief der spanischen Bischöfe (1. Juli 1937)

Als Franco im ersten Halbjahr 1937 mit systematischer Grausamkeit das katholische Baskenland erobert hatte und sich weltweit – selbst in konservativen und katholischen Kreisen – diskreditierte, griff der spanische Episkopat in einem „kollektiven Hirtenbrief“ massiv zugunsten der Aufständischen in die propagandistische Auseinandersetzung ein. Unter der Führung des Toledaner Kardinals Isidro Gomá y Tomás wiederholten die Bischöfe die Behauptung, der Militäraufstand habe gerade noch rechtzeitig eine vom internationalen Kommunismus längst geplante marxistische Revolution und Machtergreifung verhindern können. Die spanische Amtskirche stützte sich dabei auf „Dokumente“, die die Rebellen publiziert hatten, es ist längst nachgewiesen, daß es sich dabei um plumpe Fälschungen gehandelt hat. Die von den Bischöfen ebenfalls angesprochene Verfolgung der Kirche im republikanischen Sektor fand – mit unterschiedlicher Intensität – während des gesamten ersten Kriegsjahres statt und führte zur Ermordung zahlreicher Priester und Nonnen.

DER HIRTENBRIEF:

Unser Land erleidet einen tiefgreifenden Umsturz: Es ist nicht nur ein überaus grausamer Bürgerkrieg, der uns mit Leid erfüllt; es ist eine gewaltige Erschütterung, die an den Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens rüttelt und sogar unser Fortbestehen als Nation gefährdet hat (...) Die Vorstellung, die ein großer Teil der ausländischen Meinung hat, stimmt nicht mit der Realität der Ereignisse überein, die sich in unserem Land zugetragen haben. Gründe für die vorgekommenen Ausschweifungen könnten der antichristliche Geist sein, der in dem Kampf Spaniens eine entscheidende Auseinandersetzung für oder gegen die Religion Jesu Christi und die christliche Zivilisation gesehen hat; die entgegengesetzte Strömung politischer Lehren, die die Vorherrschaft über die Welt anstreben;

das tendenziöse Werk verborgener internationaler Kräfte; das Anti-Vaterland, das sich getäuschter Spanier bedient hat, die unter der Bezeichnung Katholiken dem echten Spanien ungeheuren Schaden zugefügt haben (...)

Am 27. Februar dekretierte die russische Komintern aufgrund des Sieges der Volksfront die spanische Revolution und finanzierte sie mit riesigen Summen. Am folgenden 1. Mai forderten Hunderte von Jugendlichen öffentlich in Madrid „Bomben und Pistolen, Pulver und Dynamit für die nächste Revolution“. Am 16. desselben Monats versammelten sich in der „Casa del Pueblo“ von Valencia Vertreter der UdSSR mit spanischen Delegierten der 3. Internationale und beschlossen (Punkt 9 ihres Abkommens): „Einer der Madrider Bezirke, und zwar Bezirk Nr. 52, der aus aktiven Polizeibeamten besteht, übernimmt die Eliminierung der politischen und militärischen Persönlichkeiten, die eine wichtige Rolle bei der Konterrevolution spielen sollen.“ Zwischenzeitlich erhielten in Madrid bis hin zu den entferntesten Dörfern die revolutionären Milizen militärische Ausbildung, außerdem bewaffnete man sie in großem Umfang, so daß sie bei Kriegsausbruch über 150 000 Angriffs- und 100 000 Reservesoldaten verfügten (...) Es ist quellenmäßig bewiesen, daß in der minuziös geplanten und vorbereiteten marxistischen Revolution, die im ganzen Land ausgebrochen wäre, wenn großenteils die zivilmilitärische Bewegung es nicht verhindert hätte, die Ausrottung des katholischen Klerus und herausragender Rechtspolitiker angeordnet war; ebenso die Sowjetisierung der Industrie und die Durchsetzung des Kommunismus (...)

Am 18. Juli des vergangenen Jahres brach der militärische Aufstand los und begann der Bürgerkrieg, der heute noch andauert. Dabei ist zuerst zu beachten, daß die militärische Erhebung schon von Anfang an nicht ohne Mitwirkung des gesunden Volkes stattfand, das sich in großen Massen der Bewegung anschloß; diese muß daher als zivilmilitärisch bezeichnet werden. Des weiteren beachte man, daß diese Bewegung und die kommunistische Revolution zwei Dinge sind, die man nicht trennen darf, wenn der Charakter des Krieges richtig eingeschätzt werden soll. Sie trafen im Ausgangspunkt des Zusammenpralls aufeinander und markieren von Anfang an die tiefe Spaltung der beiden Spanien, die sich auf den Schlachtfeldern schlagen sollten (...)

Der Krieg kommt einer bewaffneten Volksabstimmung gleich. Der weiße Kampf der Februarwahl von 1936, in der das Fehlen eines politischen Bewußtseins der Regierung den revolutionären Kräften willkürlich einen Triumph zuschanzte, die sie beim Urnengang nicht errungen hatten, wurde als Folge des zivilmilitärischen Kampfes zur blutigen Schlacht eines Volkes, das in zwei Richtungen gespalten ist: in die geistige, auf

seiten der Aufständischen, die zur Verteidigung der Ordnung, des sozialen Friedens, der überkommenen Zivilisation und des Vaterlandes sowie – sehr deutlich bei einem großen Sektor – zur Verteidigung der Religion aufbrach; und in die andere Richtung, die materialistische – heiße sie nun marxistisch, kommunistisch oder anarchistisch –, die die alte Zivilisation Spaniens mit all ihren Aspekten durch die radikal neue „Zivilisation“ der russischen Sowjets ersetzen wollte.

Carta colectiva del Episcopado español sobre la guerra. 1 julio 1937. In: M. C. García-Nieto/ J. M. Donezar (Hg.): La guerra de España 1936-1939. Madrid (Gudiana) 1974, S. 292-303.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Materialien und Quellen, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 65 - 67

Augustin Souchy: Die „Soziale Revolution“

Ohne die Weisungen oder Einwilligung der Regierung abzuwarten, bewaffneten sich am 18./19. Juli 1936 die Arbeiterorganisationen, allen voran die Anarchosyndikalisten, warfen sich den rebellierenden Truppen entgegen und verhinderten in vielen Städten einen sofortigen Sieg der Aufständischen. In den Landesteilen, in denen der nationalistische Aufstand niedergeschlagen werden konnte, wurde innerhalb weniger Wochen auf lokaler und regionaler Ebene das bestehende politische, soziale und ökonomische System weitgehend abgeschafft. Die Zentralregierung in Madrid und die autonome Regionalregierung von Katalonien blieben zwar bestehen, die wirtschaftliche und politische Macht aber ging an neue soziale Gruppen über; das traditionelle System der Herrschaft wurde von Grund auf verändert. Diese „Soziale Revolution“ führte in großem Umfang zu Veränderungen in der hierarchischen Sozialstruktur und dem bis dahin durch den Latifundismus geprägten Landbesitzsystem. Die Entmachtung traditioneller Eliten, der Übergang der Latifundien in den Kollektivbesitz der Landarbeiter, die Beschlagnahme und Selbstverwaltung der Fabriken, der Aufbau einer neuen, aus Arbeiter- und Bauernmilizen hervorgehenden Volksarmee, die Praxis einer „revolutionären“ Justiz, die Alphabetisierungskampagne auf dem Land, in den Betrieben und Schützengräben und die Ausweitung der politischen Partizipation auf bis dahin marginalisierte Bevölkerungsteile legten die Grundlage für eine Emanzipation und Integration der Bevölkerungsmehrheit in das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Nation, die dem rapiden sozialökonomischen Wandel in der republikanischen Zone wegen seiner Bedrohung und zumindest partiellen Änderung etablierter Macht- und Gesellschaftsstrukturen revolutionäre Qualität bescheinigen. – Einer der Augenzeugen und Propagandisten dieser Revolution war der deutsche Anarchist Augustin

Souchy (geb. 1892 in Ratibor, gest. am 1. Januar 1984 in München), eine der führenden Persönlichkeiten in der internationalen anarchosyndikalistischen Bewegung. Er leitete während des Bürgerkrieges in Barcelona die Außeninformation der Gewerkschaft CNT. Der folgende Textauschnitt ist seinen Erinnerungen entnommen:

Als nach Beendigung des Barrikadenkampfes in Barcelona die Arbeit wieder aufgenommen wurde, waren die Besitzer und Manager der Großunternehmen verschwunden. Die Betriebe wurden von den Arbeitern und Technikern übernommen. In wenigen Tagen waren die Privatunternehmungen in von den Belegschaften selbst verwaltete Kollektivunternehmen verwandelt. An die Stelle der privatkapitalistischen Struktur trat eine kollektivsozialistische. Die sogenannte „Übergangsperiode“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die Lenin in der Form der „Diktatur des Proletariats“ (in Wirklichkeit handelt es sich um die Diktatur der bolschewistischen Partei) für unumgänglich hielt und von der während meines sechsmonatigen Aufenthalts in Sowjetrußland 1920 dauernd gesprochen wurde, ohne daß mir jemand ihre Dauer angeben konnte, diese „Übergangsperiode“ gab es in Spanien 1936 nicht. Man sprach überhaupt nicht von Diktatur des Proletariats und doch hatten die Arbeiter selbst die Wirtschaft in ihre Hände genommen. Das war neu, außergewöhnlich, völlig verschieden von dem, was ich sechzehn Jahre vorher in Rußland kennengelernt hatte. (...) Von größerer sozialrevolutionärer Relevanz war die Tatsache, daß vom Geist der Erneuerung erfaßte Kleinbauern freiwillig „Colectividades“ (Kollektivwirtschaften) gründeten, das heißt: ihren Acker nicht mehr allein bebauten, sondern gemeinsam. Sie verzichteten auf ihren Eigentumstitel, erklärten den Grund und Boden für gemeinsames Eigentum, arbeiteten gemeinsam. Die Produkte wurden von der Gemeinde verkauft, der Erlös unter alle gerecht und nach den Bedürfnissen jedes einzelnen verteilt.

So etwas hatte es vorher noch nirgends gegeben, weder in der mexikanischen Revolution von 1910 noch in der russischen Revolution von 1917. Es war eine Agrarreform eigener Art, ohne Gesetze, ohne Befehle von oben, ohne Zwang und ohne Theoretiker (!), ganz und gar der Initiative der Landbevölkerung selbst entsprungen. Das war die Sozialrevolution, von der ich seit meiner Jugend geträumt hatte. Ich entschloß mich, diese neue Kollektivwirtschaft, die Wirtschaftsordnung des freiheitlichen Sozialismus, an Ort und Stelle kennenzulernen.

Augustin Souchy: „Vorsicht: Anarchist!“ Ein Leben für die Freiheit. Darmstadt (Luchterhand) 1977, S. 108 - 110.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 138 - 140)

Dolores Ibárruri: Zur Rolle der Kommunisten (1936)

Die Verschwörer beabsichtigten, dem Volkswiderstand einen unerwarteten Schlag zu versetzen und ihn zu spalten, wobei sie die schwankende und prinzipienlose Politik der republikanischen Regierung auszunutzen hofften. Doch in der politischen Situation Spaniens hatte sich inzwischen sehr viel geändert. Die Kommunistische Partei war keine kleine Gruppe aufopferungsvoll kämpfender Arbeiter mehr, wie sie es kurz zuvor noch gewesen war; sie war zu einer ernsthaften politischen Kraft geworden und hatte die breiten Massen der Werktätigen hinter sich. Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei, das Auftreten ihrer Abgeordneten im Parlament und auf den Straßen wurde von den Werktätigen mit Enthusiasmus unterstützt. Die Partei wurde in kurzer Zeit zu einer Massenpartei und übte auf das politische Leben des Landes entscheidenden Einfluß aus.

Die Kommunistische Partei, die die Interessen der Massen verteidigte und die Durchführung des Programms der Volksfront forderte, entlarvte im Parlament und außerhalb des Parlaments scharf und konsequent die Mächenschaften der Reaktionäre und Faschisten und rief die demokratischen Kräfte und vor allem die Arbeiterklasse zur Wachsamkeit auf. Sie forderte beharrlich von der Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, die der Tätigkeit der Reaktionäre, die ganz ungeniert eine Verschwörung zum Sturz der Republik vorbereiteten, sowie der Banden der faschistischen Pogromhelden, die ungestraft den Arbeitern und den die linken Ansichten unterstützenden Menschen nach dem Leben trachteten, ein Ende gesetzt hätten.

Der Sieg bei den Februarwahlen blendete die republikanische Regierung derart, die Selbstgefälligkeit und die Verantwortungslosigkeit der republikanischen Führer waren so groß, daß sie ungeachtet der harten Lehren, die sie nach dem Jahre 1931 erhalten hatten, keine Maßnahmen ergriffen, um die Pläne der reaktionären Verschwörer zu zerschlagen.

Dolores Ibárruri: Der national-revolutionäre Krieg des spanischen Volkes, Berlin 1955, S. 18

José Díaz: Zum Verhältnis von Kommunisten und sog. Trotzlisten

[...] Wir wollen den Krieg und die Revolution gewinnen. Jene, die der Front oder dem Hinterland keinerlei Nutzen bringen, muß man unbarmherzig am Kragen fassen. Lange genug haben wir uns mit den Parasiten abgegeben, die das Brot derer verschlingen, die an der Front kämpfen, und derer, die im Hinterland arbeiten. Vor allem muß man unter den Faulenzern aufräumen.

Nachdem das Hinterland von allen Feinden des Volkes - den Faschisten, Trotzlisten, unkontrollierten Elementen und allem Abschaum der Gesellschaft gesäubert ist, muß man an den Fronten die Bedingungen für den Sieg schaffen. Man muß den Krieg gewinnen, und zwar schnell.

Man muß mit der Situation Schluß machen, daß die Aragónfront eine autonome Front ist, deren lockere Milizabteilungen nicht der regulären Armee Spaniens einverleibt sind. Alle Fronten - die biskayische, Aragón- und Madrider Front - müssen einem einheitlichen zentralen Generalstab untergeordnet werden, der die Operationen für das ganze Land ausarbeitet und leitet. Das erfordert der elementarste Begriff vom Krieg.

Wir forderten und fordern eine planmäßige Säuberung der Armee, Absetzung der unzuverlässigen Leute und Volksverräter von den Kommandoposten und systematische Beförderung solcher Kommandeure auf höhere und verantwortliche Posten, die aus der Masse des Volkes hervorgegangen sind, die ihre Selbstverleugnung, ihren Heldenmut und ihre Fähigkeiten zur Verteidigung der antifaschistischen Sache bewiesen haben.“

José Díaz: Rede in Valencia, 1937; in: Kommunistische Internationale, Jahrgang 1937, Heft 6, S. 176 ff.

Hermann Göring zum deutschen Eingreifen in Spanien

Über den Beginn der deutschen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg berichtete Hermann Göring (1893 – 1946 Selbstmord), unter Hitler Luftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, vor dem Internationalen Militärtribunal, das ihn zum Tode verurteilte, in Nürnberg 1946:

(...) Als in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen war, sandte Franco einen Hilferuf an Deutschland um Unterstützung, besonders in der Luft. Man darf nicht vergessen, Franco stand mit seinen eigentlichen Truppen in Afrika, konnte nicht herüberkommen, da die Flotte in Händen der Kommunisten war oder, wie sie sich damals nannte der zuständigen Revolutionsregierung in Spanien. Das Entscheidende war, daß zunächst seine Truppen nach Spanien kamen.

Der Führer überlegte sich, ich drängte lebhaft, die Unterstützung unter allen Umständen zu geben. Einmal, um der Ausweitung des Kommunismus an dieser Stelle entgegenzutreten zum zweiten aber um meine junge Luftwaffe bei dieser Gelegenheit in diesem oder jenem technischen Punkt zu erproben.

Ich sandte mit Genehmigung des Führers einen großen Teil meiner Transportflotte und sandte eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flakgeschütze hinunter und hatte auf diese Weise Gelegenheit, im scharfen Schuß zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde. Damit auch das Personal eine gewisse Erfahrung bekam, sorgte ich für einen starken Umlauf, daß heißt ich sandte wieder neue hin und die anderen zurück.

Internationaler Militärgerichtshof, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Nürnberg 1947. Band IX, S. 316 f.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 79 - 80

Reichspropagandaminister Goebbels über Spanien (1937)

Es ist öfter in der Geschichte festzustellen, daß Völker nach ganz großen Katastrophen von in ihrem Ursprung und in ihrer Auswirkung manchmal fast rätselhaft anmutenden Lähmungserscheinungen befallen werden. Daß aber eine politische, kulturelle, moralische und intellektuelle Infektion größten Stils einen ganzen Erdteil zu zerstören sich anschickt, das erleben wir in der Geschichte heute zum ersten Mal in dem großangelegten und raffiniert durchgeführten Feldzug des internationalen Bolschewismus gegen die gesittete Welt. Nunmehr ist Spanien der zum Ausbruch gekommene Krankheitsherd. Hier zeigen sich die Symptome dieser gefährlichen Ansteckung am deutlichsten und klarsten. Deshalb muß auch eine Darstellung des Spanienproblems gleichermaßen die Aufdeckung der internationalen Zusammenhänge der geplanten bolschewistischen Weltrevolution umschließen, aus der die Vorgänge in Spanien nur ein Teilstück bilden. (...)

Der Kampf, den General Franco unter Aufbietung aller aufbauwilligen Kräfte seines Landes gegen die bolschewistische Bedrohung seiner Heimat führt, wird gleichzeitig für die gesamte gesittete Welt geführt. Die Opfer, die Spanien dabei bringen muß, sind furchtbar und groß; aber wenn dieser Leidensweg, was wir nur hoffen und wünschen können, zum endgültigen Sieg der nationalen Kräfte führt, so sind auch diese Opfer nicht umsonst gebracht. Die Hintergründe und Zusammenhänge dieser blutigen Auseinandersetzung zu durchleuchten und aufzuhellen, ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Das hat nichts zu tun mit einer taktlosen und unerbetenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens. Hier soll vielmehr ein Warnsignal aufgerichtet werden gegen den Versuch einer internationalen bolschewistischen Weltrevolution, die augenblicklich Spanien zu ihrem Experimentierfeld gemacht hat.

Die Moskauer Komintern wird nicht müde, der Weltöffentlichkeit einzureden, die nationale Bewegung, die in Spanien am 17. Juli 1936 in die schon gärende Entwicklung eingegriffen hat, sei ein Militäraufstand reaktionärer Generäle, der vom spanischen Volke eindeutig abgelehnt werde. Die Wahrheit dagegen ist, daß diese Bewegung einen Akt völkischer Notwehr gegen den für dieselbe Zeit angesetzten und dann auf den August 1936 verschobenen Aufstand der Kommunistischen Partei Spaniens darstellt. Dieser Aufstand wurde in Moskau seit Jahren geplant, von Moskau organisiert und kommandiert und wird auch heute von Moskau praktisch durchgeführt. (...)

Diese einfachen Daten beweisen, daß die Komintern die gewaltsame Machtergreifung und Sowjetisierung Spaniens planmäßig vorbereitet hatte, daß sie unmittelbar vor dem Gelingen ihrer Pläne stand und nur in letzter Minute durch die Tatkraft eines Mannes daran gehindert wurde. Es muß daraus die politische Schlußfolgerung gezogen werden, daß der sogenannte rote Valencia-Ausschuß keine „Regierung“, sondern das Exekutivkomitee der bolschewistischen Organisation darstellt, die noch einen Teil Spaniens in Besitz hält. Rotspanien ist also kein „Staat“ im völkerrechtlichen Sinne, sondern ein vom spanischen Volkskörper gewaltsam losgetrenntes Gebiet, das rechtmäßig von den legalen Vertretern des spanischen Volkes zurückerobert wird.

Es ist müßig, hier die Frage aufzuwerfen, ob der Bolschewismus zweckmäßiger durch eine Volksbewegung oder durch das Militär niedergeschlagen werden soll. In Spanien regierte die Not die Stunde. Es ist deshalb auch absurd, Deutschland vorzuwerfen, es habe die Absicht, den Nationalsozialismus in Spanien einzuführen, um sich hier eine geistige Einflußmöglichkeit zu sichern, oder es verfolge den Plan, Teile des spanischen Staatsgebietes unter Ausnutzung des gegenwärtigen Notstandes zu annektieren. Wir wollen weder das eine noch das andere. Aber es kann unter keinen Umständen geduldet werden, daß die Kommunistische Internationale sich im Westen Europas eine neue Operationsbasis sichert, von der aus der Keil der bolschewistischen Weltrevolution um so wirksamer und gefahrenbringender in Europa hineingetrieben werden kann. Wir machen deshalb auch gar keinen Hehl daraus, daß unsere wärmsten Sympathien bei General Franco stehen, dessen heroischen, opfervollen und idealistischen Kampf das ganze deutsche Volk auf das tiefste bewundert. Es war deshalb mehr als ein diplomatischer Akt, daß der Führer und der italienische Regierungschef General Franco als die einzige rechtmäßige Regierung in Spanien anerkannt.

Die Wahrheit über Spanien. Rede auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1937. Von Reichsminister Dr. Goebbels. o.O. (Berlin) o.J. (1937), S. 5 -10.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 80 - 82

Der „Weltbolschewismus“ in Spanien aus NS-Sicht (1939)

Man wagt im Auslande zu behaupten, die nationale Erhebung des Generalissimus Franco sei auf ausländische Einflüsse zurückzuführen. Das Gegenteil ist wahr. Die Komintern hat durch den Versuch der Bolschewisierung der spanischen Massen den Krieg ideologisch und militärisch vorbereitet. Seit dem 16. Februar 1936, der Machtergreifung der Dimi-

troffschen Volksfrontregierung in Spanien, tobte der wahnsinnige Terror der Komintern nach Moskauer Methode gegen das spanische Volk. Erst als die Ermordung des nationalen Vorkämpfers Calvo Sotelo das Signal zum offenen Bürgerkrieg gab, als die Bewegung Francos gezwungen war, zu den Waffen zu greifen, beschloß der Führer, dem bedrohten Spanien Hilfe zu senden.

Die Einmischung fremder internationaler Mächte zugunsten Rotspaniens hat, ständig ansteigend, einen ungeheuren Umfang angenommen. Nach den Worten des Generalissimus Franco haben insgesamt 100 000 ausländische Söldner auf rotspanischer Seite gekämpft, eine Zahl, die der rotspanische Sender Unión Radio de Madrid bereits am 13. April 1938 zugegeben hat. Sie bildeten anfangs den ausschlaggebenden Teil der rotspanischen Fronttruppen. Nachdem der rotspanische Ausschuß dazu überging, Zwangsrekrutierungen vorzunehmen, sank der Anteil der Internationalen Brigaden im Verhältnis zur Gesamtzahl der rotspanischen Truppen. Trotzdem ist es ihnen zu verdanken, daß der Krieg nicht in wenigen Wochen beendet war, denn sie erlaubten dem roten Ausschuß, eine feste Front zu errichten und in ihrem Schutz zu rekrutieren.

Ebenso entscheidend wirkte die Lieferung von Kriegsmaterial durch die internationalen Mächte. Die gesamte Flugwaffe war ausländischen Ursprungs. Die Lieferungen kamen aus aller Herren Länder mit Hilfe des internationalen Waffenhandels. [...] Allein die öffentlichen Geldsammlungen, die von bolschewistischen und probolschewistischen Organisationen in allen Ländern betrieben wurden, ergaben nach Mitteilung des roten Regierungsausschusses selbst bis Mitte 1938 200 Millionen Franken. Bezeichnend jedoch ist, daß der gesamte im Besitz Rotspaniens befindliche Goldschatz im Werte von 700 000 Golddollar in die Hände der ausländischen Lieferanten überging. Darüber hinaus sank das Volksvermögen Rotspaniens so tief, daß die Ausraubung des Landes einer vollständigen Inflation gleichkommt. Alle realen Werte gingen ins Ausland.

Der Krieg in Spanien war also von vornherein Krieg der Komintern gegen Spanien und gegen Europa. Die männliche Tat des Führers und des Duce, dem bedrohten Spanien zu Hilfe zu kommen, war dementsprechend eine logische Folge dieses Angriffs des Weltbolschewismus, der dem deutschen und dem italienischen Eingreifen vorausging. Sie erfolgte auf Bitten Francos. Sie war ein Beweis der Waffenbrüderschaft und des Aufbaus willens der antikommunistischen Staaten. Wie immer, siegte auch in Spanien diese Tat über die Internationale.

Denkschrift über die Einmischung des Bolschewismus und der Demokratien in Spanien. Ausgewähltes Material und typische Beispiele. Zusammengestellt von der Anti-Komintern. Berlin (Nibelungen-Verlag) 1939, S. 7-9.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 83-84

Der Kommunist André Marty zum ersten Jahrestag der Schaffung der Internationalen Brigaden (17. Oktober 1937)

Die Internationalen Brigaden wurden in den ersten Monaten des Krieges zusammengestellt. Es handelte sich um Freiwillige aus vielen Ländern, die in eigenen Verbänden zusammengefaßt waren und als selbständige Einheiten im Rahmen der republikanischen Armee operierten. Ihre militärische und moralische Bedeutung für die Republik ist sehr hoch anzusetzen; der erste große Erfolg der Interbrigadisten war im November 1936 die Rettung Madrids vor den anrückenden Francotruppen. Insgesamt dienten in den Internationalen Brigaden etwa 40 000 Mann; 1937 belief sich die Kampfstärke auf ca. 18 000 Mann. 1938 wurden die Brigaden aufgelöst, um den Krieg wieder zu „hispanisieren“. Hitler und Mussolini zogen ihre Truppen aber nicht aus Spanien zurück. - Der Kommunist und Kominternsekretär André Marty (1886 - 1956) stieg im Spanischen Bürgerkrieg schnell zum Generalinspekteur der Internationalen Brigaden auf.

[...] Die Internationalen Freiwilligen haben ein noch größeres Beispiel gegeben!

Sie kamen von 25 verschiedenen Nationen. Sie vertraten alle politischen Richtungen: Sozialisten, Kommunisten, Republikaner, Anarchisten, ja sogar Liberale. Zu den Arbeitern, der überwältigenden Mehrheit der Kämpfer, hatten sich Intellektuelle und manche ehemaligen Offiziere gesellt. Und trotz der Verschiedenheit der politischen Richtung und der Sprache, wurde die antifaschistische Einheit sofort gebildet und stets aufs engste aufrechterhalten. Der republikanische Kommandant, sein sozialistischer Stellvertreter, der kommunistische Kommissar, jeder aus einem anderen Land, das sind häufige Fälle. Und dennoch gab es niemals in den Stäben oder den Einheiten politische Konflikte!

Hunderte Male entdeckten französische und deutsche Freiwillige, daß sie sich während des Weltkrieges irgendwo einmal gegenübergestanden hatten. Heute sind sie in der gleichen antifaschistischen Volksarmee, und ihre einzige Rivalität ist die des Wetteifers im Kampfe. Der Haß des ungeheuerlichen Faschismus, die große Idee von Friede und Freiheit, die die Kämpfer Spaniens leitet, hat diese unerschrockenen Männer zu einem undurchdringlichen Block geschweißt, die aus allen Ländern der Welt und allen politischen Richtungen kamen. Noch mehr: diese Menschen gehen mit jedem Tage mehr im spanischen Volke auf: zwischen zwei Schlachten, ihre Waffen nutzend, ihre Wunden kaum verbunden, wenden

sie sich den Kleinsten in den Dörfern zu, den Kindern, deren Väter in der Schlacht waren und die sie an ihre erinnerten; hundert Male fanden sie nach der Verteilung von Spielzeugen und Zuckerwerk, das sie mit ihrem mageren Solde gekauft hatten, Zeit, für sie glänzende Feste zu veranstalten.

Unerschütterliche Aktionseinheit! Das war das zweite Beispiel, das sie gaben, zur Stunde das wichtigste. Die internationalen Freiwilligen haben gezeigt, daß das Geheimnis des Sieges die antifaschistische Einheit ist, die Einheit ohne Unterschied der politischen Richtung des Landes.

[...] Ihr größtes Glück wäre es, sie noch schneller, viel schneller in der ganzen Welt wachsen zu sehen. Alle haben gut gearbeitet! Aber man muß eine elementare Wahrheit feststellen: die Kommunisten können stolz sein, daß sie in diesen tragischen Augenblicken als Mehrheit der Arbeitergruppe (sie wären glücklich gewesen, wenn sie durch eine größere Anzahl sozialistischer Genossen in die Minderheit geraten wären), in jeder Einheit sich der geschichtlichen Aufgabe, die ihnen gestellt war, gewachsen zeigten.

Sie sind im Laufe dieser 12 heldenhaften Monate würdige Mitglieder der revolutionären Arbeiterpartei neuen Typus, der Weltpartei des Bolschewismus gewesen. Ja, sie sind heute würdige Söhne dieser Partei, die, geleitet von den größten Hirnen unserer Zeit, von Lenin und Stalin, die alte Welt auf einem Sechstel des Erdballes gestürzt hat und in wenigen Wochen den zwanzigsten Jahrestag der endgültigen Befreiung ganzer Völker feiern wird.

Quelle: Rundschau (Basel) v. 21.10.1937, S. 1615 f.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 87 - 92

Horst Kühne: Ziele und Ausmaß der militärischen Intervention des deutschen Faschismus in Spanien (1936 - 1939)

[...] Das Wesen der militärischen Intervention Nazideutschlands lag in ihrem Zusammenhang mit dem geplanten „großen Krieg“. Der faschistische deutsche Imperialismus fiel über die Spanische Republik her, um der Weltherrschaft näher zu kommen. Daher war es ein zwar wichtiges, aber untergeordnetes Ziel der Intervention, dem deutschen Finanzkapital in Spanien neue Profitquellen zu erschließen. Weit mehr Bedeutung kam der Tatsache zu, daß die wirtschaftlichen Konzessionen der Francoclique wichtige Rohstoffe betrafen, die für künftige Raubkriege unentbehrlich waren.

Die Ausnutzung Spaniens als militärisches Experimentierfeld war vom

faschistischen deutschen Imperialismus offensichtlich nicht von vornherein beabsichtigt gewesen. Ein durchschlagender Erfolg der Putschisten im Juli 1936 oder ein „Blitzsieg“ der Interventionstruppen wäre den Machthabern in Berlin und Rom aus Gründen politischen und militärischen Prestiges sehr willkommen gewesen. Ihnen war klar, daß der heroische Widerstand der Spanischen Republik die werktätigen Massen aller Länder zum Kampf gegen den Faschismus ermutigte. Als sich jedoch der Krieg hinzog, nutzte die Wehrmachtführung diese „Kriegshochschule“ ausgiebig. Sie sah eine Gelegenheit, waffentechnische Neuentwicklungen zu testen, die psychologische Aggressionsbereitschaft zu überprüfen; der Truppe Erfahrungen zu vermitteln und das höhere Offizierkorps zu schulen.

Horst Kühne: Ziele und Ausmaß der militärischen Intervention des deutschen Faschismus in Spanien (1936-1939). In Zeitschrift für Militärgeschichte 8. Jg., H. 3, 1969, S. 273-282.

Entnommen: Walter L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 124

Wolfgang Schieder/Christof Dipper: Zur deutschen Intervention

[...] Durchgängig nachweisbar ist in der deutschen Spanienpolitik im Grunde nur die antikommunistische Rechtfertigung. Die vorgebliche Bedrohung Spaniens durch den Kommunismus spielte schon bei der Bayreuther Beratung die entscheidende Rolle. Sie wurde im Verlauf des Kriegs immer wieder als zentrales Argument für die deutsche Unterstützung verwendet und diente auch noch zu deren nachträglicher Rechtfertigung. Jedoch kann damit allein weder der deutsche Entschluß zur Intervention noch deren Ausmaß und Dauer erklärt werden. Der Antikommunismus war eher nur die ideologische Überhöhung einer gesellschaftlichen Dynamik, in der auch in der Außenpolitik die unterschiedlichsten Interessen virulent werden konnten. Diese müssen daher im einzelnen erläutert werden.

Gestützt auf die Aussage Görings, er habe für eine deutsche Intervention in Spanien plädiert, um der jungen Luftwaffe eine Möglichkeit zur praktischen Erprobung zu geben, ist das militärische Motiv des öfteren in den Vordergrund gestellt worden. Merkes, Abendroth und Viñas vertreten demgegenüber zu Recht die Ansicht, daß die militärische Seite des deutschen Eingreifens in Spanien stark überschätzt worden sei. Allerdings kann nicht übersehen werden, daß die deutsche Wehrmachtsführung mit der unvorhergesehenen Fortdauer des Kriegs die Chance erkannte, Spanien als „militärisches Experimentierfeld“ zu nutzen. Wichtiger als die militärtechnischen erwiesen sich für die NS-Führung im

Verlauf des Kriegs die bündnispolitischen Aspekte des spanischen Kriegs. Auch hierbei muß allerdings zwischen primären und sekundären Absichten unterschieden werden. Daß es für Hitler schon der Zweck der einleitenden „Operation Feuerzauber“ gewesen sei, „seine bereits guten Beziehungen zu Mussolini zu konsolidieren“, ist schon deshalb unmöglich, weil die italienische Haltung gegenüber dem spanischen Militärputsch am 25. Juli 1936 noch gar nicht bekannt war. Erst die weitere Entwicklung des Bürgerkriegs erhöhte „sprungartig den Wärmegrad deutsch-italienischer Zusammenarbeit“. In der bekannten Führerbesprechung vom 5. November 1937 sah Hitler dann das spanische Problem in der Tat vor allem unter dem Aspekt der Entbindung Italiens vom englischen Einfluß. [...]

Wolfgang Schieder/Christof Dipper: Einleitung zu: Dieselben (Hgg.): Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939). München 1976, S. 18-20

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, S. 125-126

Zur Hilfe der Sowjetunion für das republikanische Spanien

(eine DDR-Darstellung)

Nach dem Wahlsieg der Volksfront am 16. Februar 1936 beschlossen die spanischen Faschisten, der immer stärker werdenden revolutionären Bewegung in Spanien in den Arm zu fallen. Mit Hilfe der deutschen und italienischen Faschisten heckten sie einen Plan der Rebellion gegen die spanische Republik aus, den sie am 18. Juli 1936 in die Tat umsetzten. Der Militärputsch Francos wäre vom spanischen Volk in relativ kurzer Zeit niedergedrungen worden. Durch die Intervention der deutschen und italienischen Faschisten und die sie begünstigende Haltung der Westmächte wurde daraus ein fast dreijähriger, für die spanischen und internationalen Revolutionäre opferreicher Kampf.

Die Sowjetunion war vom Beginn ihres Entstehens an für Frieden und Völkerverständigung und für das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingetreten. Gleichzeitig handelte sie streng nach dem Prinzip des proletarischen Internationalismus. Das heißt, der Kampf der Arbeiterklasse anderer Länder war auch ihr Anliegen. Als die UdSSR angesichts der faschistischen Intervention in Spanien, getreu ihren Prinzipien, für die spanische Republik eintrat, ergoß sich eine Flut von Verleumdungen über sie.

(...)

Ungeachtet dieser faschistischen und sonstigen Hetzpropaganda unterstützte die Sowjetunion den gerechten Kampf der vom spanischen Volk gewählten Regierung, ohne das Prinzip der Nichteinmischung in die inne-

ren Angelegenheiten eines anderen Landes zu verletzen. Treffend drückte dies der sowjetische Außenminister Litwinov in seiner Völkerbundsrede vom Juni 1937 aus:

„Die Regierung des Landes, die ich vertrete, hat ihre Ideologie. Sie wäre natürlich froh, wenn auch andere Länder von dieser Ideologie durchdrungen würden. Nichtsdestoweniger hat sie niemals versucht und wird niemals versuchen, auf irgendeine Weise – umso weniger auf gewaltsame Weise – ihre Ideologie anderen Staaten aufzuzwingen. Wir als Staat haben uns wenig für das Regime interessiert, das in Spanien herrschte, mit dem wir im Augenblick des Aufstandes nicht einmal diplomatische oder konsularische Beziehungen hatten, wo sich zu dieser Zeit kein einziger Sowjetbürger aufhielt.

Wir wollen nur eins: daß das spanische Volk nach der Beendigung der gegenwärtigen Ereignisse wie vor dem Aufstand die Regierung haben kann, die es selbst will und die es auf Grund der von ihm selbst beschlossenen Verfassung freiwillig gewählt hat.“

Der Sieg Francos ließ die Faschisten und ihre Helfershelfer triumphieren. Die Sowjetunion jedoch, die auf Grund ihrer weltanschaulichen Überlegenheit die sich verschärfenden Gegensätze unter den imperialistischen Staaten erkennen konnte, machte die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam, daß mit dem Sieg des Franco-Regimes die faschistische Umkreisung Frankreichs viel stärker geworden war, daß die deutschen und italienischen Imperialisten ihre Hände nach französischen und englischen Kolonien in Nordafrika ausstreckten und die Beherrschung der wichtigsten Seestützpunkte und Schlüsselstellungen zu den Weltmeeren anstrebten.

Dank ihrer marxistischen Analyse der welthistorischen Situation konnten die sowjetischen Politiker den spanischen Freiheitskämpfern bis zuletzt eine große moralische Unterstützung gewähren. Die heroischen Anstrengungen des spanischen Volkes waren nach ihren Auffassungen nicht umsonst gewesen. Die „Pravda“ vom 7. Februar 1939 schrieb: „Die spanischen Republikaner, die ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheit vor den räuberischen faschistischen Interventionen verteidigen, erfüllen die historische Mission einer Avantgarde gegen die faschistische Barbarei, für die Sache der gesamten fortschrittlichen Menschheit.“ Sie fuhr fort: „Der Kampf des spanischen Volkes wird zur Quelle eines noch größeren Aufschwunges der antifaschistischen Volksbewegung in allen Teilen der Welt werden. Nicht umsonst hat der Befreiungskampf des spanischen Volkes gegen die faschistischen Barbaren eine noch nie dagewesene Solidaritätsbewegung der Werktätigen hervorgerufen.“ (...)

Der vorbildliche proletarische Internationalismus der Sowjetunion kam auch in den Hilfsaktionen ihrer Bevölkerung für das spanische Volk zum Ausdruck. Wie alle fortschrittlichen und friedlichen Menschen der Welt erfüllte

das Schicksal Spaniens die sowjetischen Werktätigen mit tiefster Anteilnahme. Schon Anfang August 1936 versammelten sich die Arbeiter und Angestellten Moskaus zu Tausenden mit Fahnen und Transparenten auf dem Roten Platz. Auf ihren Transparenten war zu lesen: „Nieder mit den faschistischen Meuterern und ihren deutschen und italienischen Antriebern“. „Die Sache des spanischen Volkes ist die Sache aller Völker!“ Es sprach Svernik, der Generalsekretär der sowjetischen Gewerkschaften. Das Motto: „Hände weg vom revolutionären Spanien! Es lebe das heroische spanische Volk!“ durchzog seine begeisternden Ausführungen.

In allen Teilen des Sowjetlandes fanden Geldsammlungen statt. Schon nach wenigen Tagen wurden 12 145 000 Rubel (gleich 36 435 000 Franc) nach Spanien abgesandt. Es wurden Beschlüsse über die laufende Abführung eines viertel oder halben Tagelohnes der sowjetischen Werktätigen zugunsten der spanischen Frauen und Kinder gefaßt. Die mächtige Solidaritätswelle erreichte auch die entlegensten Gebiete der großen Sowjetunion. So sammelten beispielsweise die Angehörigen des kleinen aleutischen Stammes auf den fernöstlichen Kommodoreinseln bedeutende Beträge für die spanischen Republikaner.

Am 18. September 1936 verließ der erste Sowjetdampfer, die „Neva“, mit 2000 Tonnen Lebensmitteln den Hafen Odessa. Trotz ständiger Störversuche auf hoher See und direkter Angriffe auf sowjetische Handelsschiffe seitens der Faschisten folgten weitere Dampfer, beladen mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die tapferen spanischen Kämpfer. Vera Köller: Die Hilfe der Sowjetunion für das republikanische Spanien—ein leuchtendes Beispiel des proletarischen Internationalismus. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin Jg. VII, 1957/58, Nr. 1, S. 99—102.

Entnommen: Walther L. Bernecker: *Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien*, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S. 132 - 135

Alfred Kantorowicz: Zur Desinformation über den Bürgerkrieg

Einer der vielen deutschen Antifaschisten, die im Spanischen Bürgerkrieg auf republikanischer Seite in den Internationalen Brigaden mitkämpften, war Alfred Kantorowicz (geb. 1899 in Berlin, gest. 1979 in Hamburg). Als Literaturkritiker der „Vossischen Zeitung“ (übrigens der Nachfolger von Tucholsky) war Kantorowicz in Paris, als die Nazis an die Macht kamen. Von hier aus organisierte er die Hilfe für die Verfolgten, die Bekundungen internationaler Solidarität mit den in Deutschland Verbannten, er gründete die „Freiheitsbibliothek“, die Bibliothek der verbrannten Bücher, und war Generalsekretär im „Schutzverband Deutscher Schriftsteller im Exil“. Für das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Naziterror“ schrieb er das

Kapitel über die Judenverfolgung in Hitlerdeutschland. –Zum umfangreichen literarischen Werk gehören neben vielen Essays vor allem das zwei-bändige „Deutsche Tagebuch“, in dem Kantorowicz den Weg eines Jahrzehntelang trotz aller inneren Vorbehalte und zuletzt tief enttäuschten Kommunisten schildert, sowie das „Spanische Tagebuch“ (1949), erweiterte und revidierte Fassung u.d.T. „Spanisches Kriegstagebuch“ (Köln 1966, Hamburg 1979).

Bis zur Mitte der sechziger Jahre galt – soweit überhaupt, selten genug und unerwünschterweise, an das Tabu gerührt wurde – vorherrschend die Meinung, 1936 habe in Spanien ein kommunistischer Aufstand stattgefunden, der von den Ordnungskräften des Abendlandes trotz der sowjetischen Hilfe für die Aufständischen niedergeschlagen worden sei. Daß die deutsche Legion Condor und italienische Truppen die von General Franco geführten Ordnungskräfte gegen den Bolschewismus unterstützt hätten, war auch im Rückblick ein Aktivsaldo aus jener Zeit, an die man sonst nicht gern erinnert wurde. Wer diese Version in Frage stellte, der galt hierzulande als Agent, zumindest jedoch als Bazillenträger der kommunistischen Propaganda, mochte er seinen Antikommunismus auch so weltweit bekannt gemacht haben wie George Orwell oder Arthur Koestler, mochte er so berühmt sein wie Ernest Hemingway oder Andre Malraux, Picasso oder Pablo Casals, Thomas Mann oder Albert Einstein, mochte er als Politiker so respektabel sein wie der britische Premier Attlee, der das Bataillon der englischen Freiwilligen in Spanien auf seinen Namen weihte, oder der pragmatische Staatsmann Nehru, der im Bürgerkrieg die spanische Republik aufsuchte und in seiner Autobiographie der tiefen Erschütterung über den Sieg des Faschismus und die Preisgabe der Demokratie in Spanien Ausdruck gab. Denn darum ging es in Spanien, das bei den Wahlen am 16. Februar 1936 eine fast Zwei-Drittel-Mehrheit von liberalen, demokratischen, sozialdemokratischen und unabhängigen Abgeordneten gewählt hatte. Die Kommunisten, dem spanischen Nationalcharakter nicht leicht zu integrieren, hatten knapp vier Prozent der Stimmen gewonnen und waren selbstverständlich in der republikanischen Regierung, gegen die die Frondeure putschten, nicht vertreten. Erst im Verlauf des Bürgerkrieges, als die westlichen Demokratien trotz der massiven Intervention Deutschlands und Italiens der bedrohten Republik Hilfe verweigerten und nur durch die sowjetischen Waffenlieferungen und Lebensmitteltransporte Verteidigung möglich war, wuchs der kommunistische Einfluß sprunghaft und überwucherte seinerseits spätestens vom Frühjahr 1937 an die demokratischen Abwehrkräfte.

Alfred Kantorowicz: *Die Exilsituation in Spanien*. In: Manfred Durzak (Hg.): *Die Deutsche Exilliteratur 1933—1945*. Stuttgart (Reclam) 1973, S. 97 f. Entnommen: Walther L. Bernecker: *Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen*

und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S.212-213

Friedrich Kassebeer: „Für die Verlierer dauerte der Bürgerkrieg bis heute“ (1979)

Der Bürgerkrieg und die Jahrzehnte der Diktatur sind nach wie vor für viele Spanier ein Trauma, das der Auflösung durch Politiker, Schriftsteller und Historiker harrt. Vieles aus der Zeit des Bürgerkrieges und der Diktatur danach liegt noch im Dunkel, weil die Archive des Regimes und des Militärs den Historikern weiter verschlossen sind. Umstritten ist noch immer, wie viele Opfer der blutige Bruderkrieg und die „Abrechnung“ danach gekostet haben. Die Schätzungen der Historiker schwanken zwischen 300 000 und 800 000 Toten durch Krieg, Terror und Hunger, zwischen 20 000 und 200 000 durch Exekutionen nach 1939. Von 300 000 Emigranten sind viele im Exil gestorben und nur einige vor und nach Francos Tod heimgekehrt.

Erst heute darf in Dörfern und Städten an Massengräbern gerührt werden, in die im April 1939 und danach Tausende hingerichteter Republikaner geworfen wurden. Viele der Toten duldeten Francos Regime nur als „Verschwundene“ oder „Vermißte“, um die Schreckensbilanz der „Abrechnung“ – pauschal mit der Vergeltung des „Terrors der Roten“ begründet – zu verschleiern. Erst heute beantragen manche Witwen von 1939 Getöteten die gerichtliche Todeserklärung für ihre Männer, um juristisch vom Familienstand „verheiratet“ nach „verwitwet“ überwechseln zu können. Die Aussöhnung, die heute die meisten Spanier wollen, soll auch finanzielle Gerechtigkeit bringen. Das Arbeitsgericht in Vigo verurteilte den Staat, die seit 1936 ausstehenden Beiträge eines Eisenbahners in die Pensionskasse einzuzahlen, der beim Aufstand der Nationalen als sozialistischer Gewerkschafter erschossen worden war. Seine Witwe soll nun eine entsprechende Rente erhalten. Hinrichtungen und danach „Säuberungen“ im öffentlichen Dienst haben bis ans Ende der Franco-Ära die Erinnerung im Volk an die Spaltung in „zwei Spanien“ aufrechterhalten, trotz aller bombastischen Propaganda des Regimes über die Einigkeit unter Franco. Was den Besuchern in Francos Felsenbasilika im „Tal der Gefallenen“ bei Madrid von offiziellen Führern über Vergebung und Aussöhnung unter dem Caudillo erzählt wurde, war Lüge.

Erst 1973 durften Lehrer, die während des Bürgerkrieges in der republikanischen Zone ihre Diplome gemacht hatten, in den Staatsdienst übernommen werden – als sie 55 Jahre und älter waren. Fast 30 Jahre hatten vergehen müssen, ehe Franco 1967 auf Drängen einiger Cortes-Vertreter schwerverletzten Republikanern lächerliche Renten gewähren ließ: umgerechnet 400 Mark monatlich für einen Invaliden ohne Arme und Beine.

Erst nach dem Tod des Diktators, als Juan Carlos I. sich als „König aller Spanier“ vorgestellt hatte, widerfuhr republikanischen Kriegsoffizieren und Hinterbliebenen mehr Gerechtigkeit.

Der vor 40 Jahren von Franco für beendet erklärte Krieg hat für viele Menschen des linken Spanien, das für den Diktator keine Existenzberechtigung hatte, bis heute gedauert. Die gesellschaftliche Modernisierung des Landes und seine politische Eingliederung in Europa sind um Jahrzehnte verzögert worden. Erst jetzt ist nach der neuen demokratischen Verfassung ein Parlament gewählt worden, das die wichtigsten Reformen einleiten und über die internationale Orientierung des Staates beschließen kann. Erst jetzt finden zum ersten Mal seit 1931 wieder freie Kommunalwahlen statt, bei denen es um die Ablösung der Kaziken und der mächtigen Clans des Franco-Regimes vor allem auf dem Lande geht. Es sind ausgerechnet jene Apriltage, die an die Zeit vor 40 Jahren erinnern, als der Sieger Franco blutige Abrechnung hielt.

Friedrich Kassebeer: Für die Verlierer dauerte der Bürgerkrieg bis heute. Süddeutsche Zeitung 31. März/1. April 1979.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S.215-217

Zur Behandlung früherer Interbrigadisten in der Bundesrepublik

Während in der DDR die ehemaligen Spanienkämpfer, die auf der Seite der Republik mitgekämpft hatten, gefeiert und ausgezeichnet wurden, führende Posten im Polizeiapparat und in der Regierung erhielten und im Zuge revolutionärer Traditionspflege glorifiziert wurden (soweit sie linientreu waren), wurden die Interbrigadisten in der Bundesrepublik als Rotspanien- und Rotfrontkämpfer diffamiert. Erst unter der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren wurde die skandalöse Ungleichbehandlung mit den Legion-Condor-Angehörigen etwa bei der Berechnung der Höhe der Altersversorgung korrigiert. – Der folgende Presstext von 1978 berichtet von einem Einzelschicksal, das stellvertretend für andere stehen kann.

In der Pariser Sante liegt, unheilbar an Lungenkrebs erkrankt, ein alter Herr. Theodor Kroliczek hat sein halbes Leben in Frankreich verbracht, er spricht wie seine Frau französisch, er hat unter den französischen Freunden die Reputation des Widerstandskämpfers gegen den Faschismus, der französischen Resistance. Dennoch machte er nie einen Hehl daraus, daß er Deutscher ist, als Deutscher fühlt und seinen deutschen Paß nicht umwechseln will.

Theodor Kroliczek hatte von 1936 bis 1939 freiwillig auf republikanischer Seite im spanischen Bürgerkrieg gekämpft, in den „Internationalen Brigaden“. Während der Kämpfe wurde sein Arm durchschossen. Später erlitt

er bei einer Verschüttung eine schwere Gehirnerschütterung. Diese Verletzungen und der zunächst ungewohnte Aufenthalt in Frankreich, wo er aber bald Wurzeln schlug, ließen keinen Wohlstand aufkommen. Kroliczek lebte ein ärmliches Leben.

1972 schöpfte er Hoffnung, vielleicht etwas Geld von der Bundesrepublik zu bekommen. Das Bundesversorgungsgesetz wurde geändert. Während bisher nur die Angehörigen der „Legion Condor“, jener deutschen Einheit, die von Hitler zur Unterstützung Francos nach Spanien geschickt worden war, Versorgung erhielten, sollten jetzt endlich auch geschädigte Angehörige der Internationalen Brigaden oder nahe Verwandte versorgt werden, wenn sie Deutsche waren und in der Bundesrepublik wohnten.

Kroliczek wohnte aber in Frankreich. Dennoch beantragte er eine Rente, in der Hoffnung auf höhere Gerechtigkeit oder vielleicht darauf, daß sehr wenig Spanienkämpfer, die Deutsche waren, nicht in der Bundesrepublik ihren Wohnsitz hatten. In einem Brief nach Deutschland bezeichnete es der alte Herr später als „Raison meines Lebens“, daß er für das republikanische Spanien gekämpft habe, „um die Schande, die das faschistische Deutschland über unsere gemeinsame Heimat brachte, zu verringern. Aus demselben Grunde nahm ich teil am illegalen Kampfe des französischen Volkes gegen die Hitler-Besetzung Frankreichs. In keiner Situation meines Lebens habe ich meine deutsche Nationalität verheimlicht.“

Die deutschen Behörden lehnten den Antrag Kroliczeks auf Versorgung ab, weil er im Ausland wohne. Das Sozialgericht in Saarbrücken bescheinigte dem Kläger eine Minderung seiner Erwerbsfähigkeit um 30 Prozent. Danach setzte es das Verfahren aus und legte dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Frage vor, ob die verschiedenartige Behandlung von Bürgerkriegsopfern, je nachdem, ob sie im Inland oder Ausland wohnten, verfassungsgemäß sei, zumal bei den Angehörigen der „Legion Condor“ ein solcher Unterschied nicht gemacht werde; bei ihnen wird anstandslos gezahlt. Das Sozialgericht hielt die Regelung für verfassungswidrig.

Karlsruhe holte Stellungnahmen von Behörden und Gerichten ein, die Aufschluß darüber geben, welchen Rechtsstandpunkt dieser Staat heute noch im Hinblick auf den spanischen Bürgerkrieg einnimmt. Der Bundesarbeitsminister, das Bundessozialgericht und das zuständige Versorgungsamt stellten fest, das Grundgesetz gebiete nicht, die Teilnahme am Bürgerkrieg auf republikanischer Seite „der Ausübung militärischen Dienstes auf Grund deutschen Wehrrechts“ gleichzustellen. Nur diejenigen, die Opfer für das Vaterland und das Allgemeinwohl gebracht hätten, erhielten Versorgung; dies sei aber bei den Angehörigen der Internationalen Brigaden nicht der Fall gewesen.

Alle drei Stellungnahmen lassen durchblicken, daß die Internationalen Brigaden den deutschen Interessen zuwider gewesen seien, weil das

damalige Deutsche Reich auf der anderen Seite die „Legion Condor“ eingesetzt habe. Keine politisch-ethische, keine historische, keine völkerrechtliche Erwägung.

Das Bundesverfassungsgericht wies die Vorlage zurück: Es fand an der gesetzlichen Differenzierung der Ansprüche nichts Verfassungswidriges. Der Beschluß ist konsequent, liegt auf der Linie der Rechtsprechung, ist juristisch einwandfrei begründet. Tenor: Karlsruhe darf die gesetzgeberische Gestaltungsfreiheit nicht einschränken. Der Wohnsitz sei ein legitimer Anknüpfungspunkt; Inlandsbürger seien der Fürsorge mehr anvertraut als diejenigen, „deren Verbindung zur Bundesrepublik durch die Wahl ihres Wohnsitzes im Ausland weniger eng ist“.

Ein schlechtes Gewissen blieb freilich auch den Richtern im Ersten Senat: „Rechtspolitisch mag die vorgelegte Regelung nicht voll befriedigen, vor allem, wenn der Vortrag Kroliczeks, dem die Bundesregierung nicht widersprochen hat, zutreffend ist, daß es nur ganz vereinzelte Fälle gibt, in denen deutsche kriegsbeschädigte Angehörige der Internationalen Brigaden im Ausland leben.“

Die Entscheidung wurde in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Nur eine kleine Gruppe von Juristen war bestürzt. Sie forderte jetzt die SPD-Bundestagsfraktion auf, das Bundesversorgungsgesetz zu berichtigen und die diskriminierenden Unterschiede zu beseitigen. Sie schrieben auch an Kroliczek und boten ihm eine Geldsumme an, die sie in Bonn und Karlsruhe gesammelt hatten.

Hanno Kühnert: Spaniens Bürgerkrieg mit Bonner Elle. Wie aus Recht Unrecht wird. Das Schicksal des Theodor Kroliczek. In: Die Zeit Nr. 41 v. 6. Oktober 1978, S. 11.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S.218-221

Walter Haubrich: Der Bürgerkrieg war 1982 zu Ende

In seinem Bericht über die letzten Erschießungen, die Franco noch einen Monat vor seinem Tod durchführen ließ, geht der Spanien-Korrespondent der FAZ, Walter Haubrich, auf die andauernde Wirkung des Bürgerkrieges auf die spanische Gesellschaft ein:

Die Salven der Erschießungskommandos auf dem Hügel hinter dem Dorf Hoyo de Manzanares waren die letzten Schüsse, mit denen von Staats wegen in Spanien Menschen getötet wurden. Knapp zwei Monate später wegen in Spanien Menschen getötet wurden. Knapp zwei Monate später starb der Staatschef Francisco Franco, der die Hinrichtungen durchgesetzt hatte. Nach zehn Jahren scheinen die Erinnerungen und Berichte von Hinrichtungen in ihrem Land vielen Spaniern wie Erzählungen aus

längst vergangenen Zeiten oder aus einer fremden, fernen Welt. Und wenn Politikern, wie jetzt im Fernsehen dem konservativen Oppositionschef Fraga Iribarne, einige ihrer antidemokratischen Reden und Taten von damals vorgehalten werden, nennen sie solche Wiederbegegnungen mit der eigenen Vergangenheit böswillige Verleumdung. Die Spanier, so könnte es scheinen, wollen ihre Vergangenheit vergessen - und manche von ihnen haben ja auch allen Grund dazu. Viele Spanier haben aber keineswegs die Vergangenheit - und das ist der blutige Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 und die darauf folgende harte Repression - vergessen. Franco hat kein versöhntes Volk hinterlassen, wenn auch der Zahn der Zeit einige Schärpen abwetzen können. Der Bürgerkrieg, verstanden als die ständige Auseinandersetzung zwischen den durch einen breiten ideologischen und sozialen Graben getrennten beiden Spanien, dauerte auch nach dem Tod Francos noch fort. Als latente Gefahr eines bewaffneten Konfliktes dürfte der Bürgerkrieg im Oktober 1982 zu Ende gegangen sein: mit dem Wahlsieg der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), jener Partei also, die von der Diktatur am härtesten verfolgt wurde. Und mit der ungestörten Regierungsübernahme eben dieser Partei ist zunächst einmal ein Schlußstrich unter die turbulente jüngste Vergangenheit Spaniens gezogen.

Walter Haubrich: Der Bürgerkrieg war 1982 zu Ende. Zehn Jahre nach Francos Tod. In: Merkur, November 1985, S. 1002 f.

Entnommen: Walther L. Bernecker: Der Spanische Bürgerkrieg: Quellen und Materialien, 2., veränderte und erweiterte Auflage, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt/Main, 1986, S.224

*Helga Rathjen, Arbeitsstelle Nord/Süd, Bremen
Gabriele Reich, SZ Drebberstr., Bremen*

Der Spanische Bürgerkrieg im fächerübergreifenden Unterricht

Natürlich ist der Spanische Bürgerkrieg zunächst einmal ein Thema für den Geschichts- bzw. Gemeinschaftskunde- und den Spanischunterricht, und Impulse für eine fächerübergreifende Zusammenarbeit werden vermutlich von diesen Fächern ausgehen müssen.

Aber es wäre ja schon ein Schritt auf dem Weg zur Überwindung von Fächergrenzen und zum vernetzten Denken, wenn diese beiden Fächer sich auf eine Zusammenarbeit verständigen könnten. Sie könnten der interdisziplinäre Kern werden, dem sich weitere Fächer mit eigenen oder ergänzenden Fragestellungen zuordnen und den Blick öffnen für kulturelle, soziale, psychologische und andere Aspekte eines Themas, das Historiker für gewöhnlich als politische Frage behandeln..

Der vorliegende Band über den Fachtag „60 Jahre Spanischer Bürgerkrieg“ enthält eine Fülle von Anregungen, die sich fächerübergreifend und projektorientiert durchaus auch im „normalen“ Stundenplan-Unterricht umsetzen lassen, wenn die beteiligten Kolleginnen und Kollegen sich zeitlich koordinieren und auf eine inhaltliche Abstimmung verständigen.

Zum Hintergrund

Europa

Auch innerhalb des Geschichtsunterrichts kann die Integration des Spanischen Bürgerkriegs dazu beitragen, durch eine eher ungewohnte Perspektive - von außen und im Vergleich - den Blick zu öffnen und dabei neue oder klarere Erkenntnisse zu gewinnen. Die jeweiligen nationalen Wurzeln des Faschismus sind konstitutiv für seine Entstehung, aber die besondere historische Verantwortung Deutschlands in dieser Epoche verleitet auch dazu, den Faschismus ausschließlich aus deutscher Warte wahrzunehmen und zu interpretieren. Dabei war doch ganz Europa (und der Norden Amerikas) betroffen von der tiefen Krise der kapitalistischen Industrieländer, der verschärften Polarisierung der sozialen Gegensätze, der Zuspitzung der Klassenkämpfe, der Auseinandersetzungen zwischen den politischen Bewegungen, die sie begleiteten, und schließlich der Konfrontation der Systeme mit der Blockbildung gegen die Sowjetunion.

Nicht nur die Parallelen, auch die Unterschiede in der historischen Entwicklung erhellen die deutsche Geschichte: warum konnten sich die ebenso existierenden faschistischen Bewegungen unserer europäischen Nachbarn nicht als politische Antwort auf die Krise etablieren; welche (autoritären) politischen Mittel der Selbstbehauptung fanden die politischen Klassen anderer Staaten?

Im Vergleich der Machtergreifung und Etablierung des Faschismus in Spanien und in Deutschland lassen sich die Merkmale des Faschismus als Antwort auf die Krise und als System zur Sicherung von Herrschaftsinteressen klarer herausarbeiten.

In Spanien kristallisierten sich die Konfliktlinien und -parteien der Epoche: der frankistische Militärputsch gegen die Spanische Republik rief die Allianz der Faschisten auf den Plan. Die Achse Berlin-Rom intensivierte sich und wurde um Madrid erweitert. Der Bürgerkrieg bot dem deutschen Reich die Möglichkeit, in Verletzung der Rüstungsbeschränkungen offen den Krieg zu proben. Das Europa der Herrschenden ließ Deutschland gewähren: die Politik des Appeasement von 1938 erhielt schon hier Konturen.

Das Land wurde zum Kriegsschauplatz der Systeme.

Die gesamte europäische Linke stellte sich auf die Seite der (bürgerlichen) Republik: in Spanien sollte nicht nur Franco, in Spanien sollte der (deutsche) Faschismus geschlagen werden. So heterogen die Verteidiger der Spanischen Republik zusammengesetzt waren, so unterschiedlich waren auch die politischen Visionen, für die sie kämpften - das Spektrum reichte von der Verteidigung der bürgerlichen Freiheit und Demokratie bis zum Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung, und das in der ganzen Bandbreite, die die sozialistischen und kommunistischen Parteien und Bewegungen verkörperten. Und schließlich wurde Spanien auch zum Kriegsschauplatz der linken Fraktionen.

Nationale spanische Bedingungen

Im Bürgerkrieg entlädt sich sozialer und politischer Sprengstoff, der sich über Generationen angesammelt hat. 1931 hat das Land 24 Mill. Einwohner, davon 8 Mill. Arme, 12 Mill. Analphabeten, 2 Mill. Bauern ohne Land, von 1 Großgrundbesitzer hängen 20000 Menschen ab, der Lohn für einen Arbeitstag beträgt 1-3 Ptas, ein Brot kostet 1 Pta.

Das innenpolitische Konfliktpotential läßt sich nur schwer übersichtlich darstellen - erst recht für SchülerInnen-, weil alle sozialen und politischen Fragen jeweils regionale Wurzeln und Abweichungen haben.

Beispielsweise stellt sich die Agrarfrage in Andalusien (Großgrundbesitz mit landlosen Saisonarbeitern) anders als in Galicien (selbständige Bauern mit Subsistenzwirtschaft).

Einen zweiten Problemkomplex bildet die Institution Kirche. 1931 gibt es 20000 Mönche, 21000 Priester, 60000 Nonnen und 5000 Klöster. Der Reichtum der Kirche beträgt 1/3 des Staatsvermögens, die Kirche hat in ihren Diensten mehr Menschen als der Staat Bedienstete. Bei einer Analphabetenrate von 50% ist die Kirche auf dem Lande die einzige Informationsquelle, jede liberale Bewegung in Spanien hat sich immer auch gegen die Kirche gerichtet.

Ein drittes Problem besteht in dem seit jeher konfliktträchtigen Verhältnis zwischen dem Zentrum Madrid und den Peripherien.

Ein vierter Aspekt bezieht sich auf das Militär: die Armee umfaßt 1931 30% des Staatshaushalts, sie hat eine Struktur, bei der auf 6 Mann 1 Offizier, auf 11 Mann ein Leutnant, auf 150 Mann ein General kommen. Sie hat 15000 Offiziere und 500 Generäle.

Zu den Besonderheiten dieses Landes gehört auch der Umstand, daß in dem wenig industrialisierten Spanien der Anteil der ArbeiterInnen nur 25 % beträgt, sich regional aber sehr konzentriert, in Katalonien liegt er bei 45 %. Ein derart konzentriertes Proletariat organisiert sich.

Spanien wird 1931 zum ersten Mal Republik, aber das Land ist faktisch in zwei große Lager geteilt. Im Sommer 33 dankt die Regierung ab, Neuwahlen ergeben eine Mehrheit für die Rechtsparteien, im Februar erhalten die Parteien der Volksfront die Mehrheit. Am 18. Juli erheben sich in fast allen Garnisonsstädten die Truppen mit Franco an der Spitze. Was als Staatsstreich geplant war, weitete sich zu einem brutalen und verlustreichen Bürgerkrieg aus, der das Land auch Jahrzehnte nach seiner Beendigung lähmt und bis heute in Sieger und Besiegte teilt.

Zum schnellen Einlesen:

von zur Mühlen, Patrick: Spanien war ihre Hoffnung, Berlin Bonn 1985

Vilar, Pierre: Kurze Geschichte der zwei Spanien, Berlin 1987

Bernecker, Walther L.: Der Spanische Bürgerkrieg, Darmstadt 1991

Zum Vertiefen: siehe die Auswahlbibliographien in den o.a. Werken

Der Spanische Bürgerkrieg im Unterricht

„LAND AND FREEDOM“

Der Film „Land and Freedom“ von Ken Loach behandelt das Thema Bürgerkrieg und Revolution in Spanien. Er illustriert historische Abläufe und politische Theorien. Insofern ist er nützlich sowohl als Aufhänger zur Ableitung fachlicher Fragestellungen als auch als Chronologie der Ereignisse. Es gibt praktisch keine relevante politische Frage, die in diesem Film nicht angerissen wird.

Besonders gut zum Einstieg eignen sich 3 Sequenzen aus dem ersten Drittel des Films:

1. In Liverpool wird 1936 ein Vortrag über den Spanischen Bürgerkrieg gehalten, untermalt mit einem Stummfilm. „Film im Film“ und Vortrag geben eine knappe Einführung in die politischen Probleme Spaniens, die im Krieg kulminieren. Diese Anfangsszene ist ohne besondere Vorkenntnisse verständlich, muß aber nachgearbeitet werden.
2. David entscheidet sich nach diesem Vortrag, nach Spanien zu gehen. In dessen persönliche Begründung baut der Regisseur die europäische Dimension von Faschismus ein. Im Ausbildungslager der Milizen wird sofort die politische Frage „Freiwillige Milizen oder Volksarmee“ aufgeworfen.
3. David kämpft mit bei der Befreiung eines Dorfes von den Faschisten. Die Dorfgemeinschaft trifft sich im Haus des ehemaligen Großgrundbesitzers und diskutiert die Frage, was mit dem Bodenbesitz geschehen soll. Unterschiedliche politische Positionen und theoretische Ansätze stoßen aufeinander, Loach läßt die Frage des Zusammenhanges von Kampf gegen den Faschismus und sozialer Revolution in allen Facetten diskutieren.

Diese Szene erfordert einiges Wissen im Hinblick auf die politische Theorie des Anarchismus, die internationalen Aspekte des Krieges in Spanien, die Alternative sozialistische oder bürgerliche Republik. Als Aufhänger ist sie insofern wegen ihres komplexen Inhalts nicht geeignet. Gleichwohl thematisiert sie einen wichtigen Aspekt, der oft übersehen wird: die Revolution als Teil des Bürgerkriegs. Deshalb sollte man versuchen, diese Szene an einer passenden Stelle in den Unterricht einzubeziehen: als einen Moment in der Geschichte, in dem Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen.

Materialien:

Land and Freedom“, Spielfilm, Regie: Ken Loach, Großbritannien 1995 entleihbar: deutsche Fassung in der Bibliothek des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis, spanische Fassung im Instituto Cervantes, Bremen „Land and Freedom. Das Buch zum Film. Edition Tranvia, Berlin 1996

Internationale Brigaden und Legion Condor – Unversöhnliche Erinnerungen

Die große ideologische Spaltung in Europa, das Aufeinanderprallen von Faschismus, Kommunismus, Sozialismus, Nationalismus, Anarchismus, Demokratie in Spanien läßt sich auch in Deutschland wiederfinden, Deutsche kämpfen bei den Internationalen Brigaden, aber auch bei der Legion Condor. Die Menschen, die nach Spanien gehen, haben sich vorher poli-

tisch entschieden und ordnen sich in Spanien den jeweiligen Lagern zu. Im Zeit-Magazin Nr.29/96 werden Lebensläufe aus beiden Gruppierungen dokumentiert. Die Biographien erklären auf subjektiver Ebene die Motive der Interbrigadisten und der Legionäre. Man kann sie als Einstieg nutzen zu einem allgemeinen politischen Problem: dem internationalen Aspekt des Spanischen Bürgerkriegs.

Man kann sie zusammen bearbeiten mit Liedern aus dem Krieg. Ernst Busch singt im „Lied der Thälmann-Kolonnen“: „Wir kämpfen und siegen für dich: Freiheit!“ Im Lied der Legion Condor heißt es: „Nur die Freiheit wird Ziel unseres Kampfes sein“. Dabei nimmt man als Ausgangspunkt die Kontrastierung des Begriffs Freiheit (Wer versteht, was darunter, frei wovon?) und leitet über zur inhaltlichen Füllung dieser Worthülse. Dazu ist es vermutlich nötig, die von den Legionären beanspruchte unpolitische Haltung einzubinden in das Interesse der deutschen militärischen Führung an Spanien.

Stolz, ein Deutscher zu sein?

Bei Lerngruppen, die man sehr gut kennt, kann man eine provozierende politische Parole mitbehandeln, z.B. „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ Solche Parolen sind es meistens wert, auseinandergepflückt zu werden. Ziel ist es, ungewöhnliche Sichtweisen auf ein Thema zuzulassen. Legion Condor auf der einen, Interbrigadisten auf der anderen Seite - wer verkörpert nun eigentlich „Deutschland“? Diese Frage ist nicht nur deswegen noch immer aktuell, weil sich das „Deutschsein“ anscheinend über die Identität mit dem einen - faschistischen - Deutschland noch immer leichter herstellen läßt als über „das andere Deutschland“ - das antifaschistische. Sie ist bis heute hochpolitisch, wenn sich die Bundesrepublik mit politischen und juristischen Entscheidungen eher in die Tradition des faschistischen als „des anderen“ Deutschland stellt. Anhand der Ungleichbehandlung in der Rentenfrage zwischen Brigadisten und Legionären kann man aus den historischen Ereignissen überleiten zu der aktuellen Fragestellung, wessen Erbe die heutige Bundesrepublik verwaltet. Die SchülerInnen können einen Rentenantrag stellen als Brigadist/als Legionär, sie können auch eine entsprechende Gerichtsverhandlung als Rollenspiel entwickeln.

Literatur:

Kühnl R.: Der geschichtliche Ort des Spanischen Bürgerkrieges in den Konflikten des 20. Jahrhunderts, in: Held, Jutta, Der Spanische Bürgerkrieg und die bildenden Künste, Hamburg 1989
Bernecker, Walther L.: Neuere Forschungsergebnisse zur Internationalen Dimension des Spanischen Bürgerkriegs, in: Jutta Held, a.a.O.

Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939. Dokumente und Augenzeugenberichte in Auszügen. Ausstellungskatalog hg. vom Kulturreferat München, 1986
Erkundungen im Staatsarchiv (Bremer Tagespresse von 1936-39)

Gleichsam aus der europäischen Vogelperspektive läßt sich der Faschismus betrachten, wenn die Freiwilligen des Spanischen Bürgerkrieges aus ganz Europa zu Wort kommen.

Diese europäische Dimension der Bürgerkrieges könnte die fremdsprachlichen Fächer auffordern, sich mit literarischen Beispielen so prominenter anglophoner und französischer Interbrigadisten wie Ernest Hemingway (For Whom the Bell Tolls) oder George Orwell (Homage to Catalonia), André Malraux (Espoir) und Jean-Paul Sartre (Le mur) an dem Projekt zu beteiligen.

Deutsche Literatur

Deutschland stellt 1936 das größte Kontingent an kämpfenden republikanischen Schriftstellern auf, die literarische Verarbeitung ist entsprechend umfangreich.

Im Hinblick auf die Sek I haben wir literarische Beispiele gesucht, die der Altersstufe entsprechen und gleichzeitig einen anderen Umgang mit Literatur ermöglichen.

BRECHT: MEIN BRUDER WAR EIN FLIEGER

Dieses kurze Gedicht läßt sich einsetzen als literarische Verarbeitung der deutschen Unterstützung der Francotruppen, es paßt auch als Anschluß/Erweiterung der Spanienlieder

EGON ERWIN KISCH: DIE DREI KÜHE

Reportagen, sagt das Lexikon, „sind eine spezielle Form des Berichts, die neben Tatsachen auch persönlich gefärbte Erlebnisse mit einbezieht. Das subjektive Element wird erreicht durch Infos zum Hintergrund, Zitate, Beobachtungen und Empfinden“

„Die drei Kühe „ ist die Geschichte von einem Tiroler Bauern, der seine Kühe verkauft, damit er in Spanien gegen den Faschismus kämpfen kann, der ein Bauer auf eigenem Grund ist und trotzdem kein Geld hat, der aus eben diesem Grunde auch nicht das Lehrerbildungsseminar besuchen konnte.

Die naive Sichtweise des Max auf politische Großereignisse führen zu solchen Sätzen wie: „Wenn wir schon nach Spanien gehen müssen, dann wollen wir dort lieber für das Volk gegen die Generäle kämpfen als für die Generäle gegen das Volk.“

Klassisch germanistisch wäre zu untersuchen, mit welchen Mitteln Kisch

welche Fakten verarbeitet und worin die Wirkung auf die LeserInnen besteht.

Reizvoll ist es, mit den SchülerInnen ins Textlabor zu gehen mit der Aufgabe: „Sozialkritische Reportagen wie diese sind nicht gerade „in“. Gestaltet diese Reportage grafisch so, daß sie in einem In-Magazin abgedruckt werden kann. (Gestaltung bezieht sich auf das Lay-Out; also nicht auf eine Textveränderung! Also: was könnte man hervorheben, welche Zwischenüberschriften könnten zum Lesen anregen etc.)“

PETER HÄRTLING: DER SPANISCHE SOLDAT

Peter Härtling beteiligt in seinen Frankfurter Poetik Vorlesungen die Leser an der Entstehung einer Geschichte. Anlässlich des berühmten Capa-Fotos vom Tode eines republikanischen Soldaten recherchiert Härtling über Capa und baut seine neugewonnenen Kenntnisse über den Spanischen Bürgerkrieg ein in eine Geschichte über diesen Soldaten.

Dieses Verfahren kann man auch im Unterricht anwenden. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, dieses spezielle Foto um die beiden unmittelbar dazu gehörenden zu ergänzen: der Soldat liegt im Schützengraben mit anderen - er stürmt voran - er wird erschossen.

Man kann in die Arbeit einsteigen mit einer genauen Bildbetrachtung: Auf welcher Seite kämpft der Soldat? Ist diese Frage überhaupt wichtig? Woran kann man seine Zugehörigkeit erkennen? Welche Kleidung trägt er? Welche Schlüsse kann man daraus ziehen?

Dann begibt man sich in die Figur hinein: Warum kämpft er wohl bei den CNT-Milizen mit? Wo wohnt er? Welchen Beruf hat er? Wie hat er vor dem Krieg gelebt? Denkt er darüber nach, wofür er im Schützengraben liegt? Hat er Angst vor dem Tod? Fühlt er sich als Held? Hat er eine Familie? Woran denkt er in der Nacht vor dem Angriff und woran im Moment des Todes? Spürt er Schmerzen? ...

Dieses Hineinversetzen in eine Person macht aus dem Material eine Geschichte, dieses Verfahren ist im Deutsch- und im Fremdsprachenunterricht anwendbar.

Material:

Bertold Brecht, Svendborger Gedichte 1937 in: Gesammelte Werke, Frankfurt/M.1967

Peter Härtling, Der spanische Soldat, München 1994

Egon Erwin Kisch: Die drei Kühe, aus: Unter Spaniens Himmel 1961

Bilder vom Krieg - heute

Können wir mit Fotos wie denen von Capa heute noch im Unterricht arbeiten? Was können Jugendliche, die mit Kriegsberichtserstattung über-

schwemmt werden, heute mit solchen Bildern anfangen? Wie verändert sich Wahrnehmung, Wirkung und Verarbeitung von Bildinformation mit den veränderten Sehgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen heute? Was wird ausgelöst, wenn die Medien aus jedem Winkel der Welt ständig Kriegsereignisse in *real time* und in Nahaufnahme präsentieren oder sie in Spielfilmen in Szene setzen? Wie können sich Zuschauer durch kritische Selektion gegen die Überflutung schützen?

Der Materialband „Der Krieg im Fernsehen“ und Begleitvideos des Adolf-Grimme-Instituts analysieren kritisch die Herstellung von Kriegsberichten und ihre Wirkungen und tragen zur Versachlichung einiger der Medienmythen der letzten Jahre bei.

Materialien:

Krieg im Fernsehen, Didaktische Materialien und Analysen für die Medienerziehung, Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest 1996

Zu entleihen bei der Arbeitsstelle Nord-Süd am WIS

Materialien für den Unterricht

(zu entleihen bei Gabriele Reich, Fesenfeld 96, 28203 Bremen, Tel. 77 285)

Karl Reding, Bei der Legion Condor, in: Bremer Kirchenzeitung No.9, 1936

Rainer Schmidt, Genosse Brigadist, Kamerad Legionär, in: Zeit-Magazin No.29, 12.7.1996

Ernst Busch, Die Thälmann-Kolonne, 1936

Wolf Biermann, Das Thälmann-Batallion, 1976

Bertold Brecht, Svendborger Gedichte 1937

Egon Erwin Kisch: Die drei Kühe, aus: Unter Spaniens Himmel 1961 (zu entleihen bei: Gabriele Reich)

Krieg im Fernsehen, Didaktische Materialien und Analysen für die Medienerziehung, Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest 1996